Heft Nummer 73
17. Jahrgang
Einzelpreis Euro 5,-

Mehr Demokratie e.V.

1/07
Januar - März 2007

mehr demokratie

! Zeitschrift für Direkte Demokratie

Wie zukunftstauglich ist die repräsentative Demokratie?

Europa:
Alternativen zur undemokratischen EU?

Bremen:
Bürgerfreundliches Wahlrecht erkämpft

Berlin:
Konferenz „Europa - nicht ohne uns“

Mitgliederversammlung
am 28.4.2007
in Kassel

Inhalt

Aktuelles

4 **Notizen aus den Bundesländern**

5 **Tagungen rund um die Demokratie**

Bundesländer

6 ERFOLG **Bremen hat ein neues Wahlrecht.** Katrin Tober

8 **NRW: In schlechter Kommunalverfassung.** Torsten Sterk

10 **NRW: Landesregierung bricht Versprechen.** Torsten Sterk

11 **Ba-Wü: Eckpunkte für ein besseres Wahlrecht.**

12 REPORT **Berlin: Hier spielte das Volk....** Karin Flothmann

Blickpunkt

14 **Gerald Häfner bei Christiansen.** Reaktionen

15 **Wählen per Computer?** Nils Ehlers

Fokus: Repräsentative Demokratie

17 **Vom Verfall der repräsentativen Demokratie.** Franz Thedieck

20 **I. Vorschläge für direkt-demokratische Reformen**

20 **II. Vorschläge zur Verbesserung der Institutionen der indirekten Demokratie.**

22 **III. Paradigmenwechsel durch Verfahren der klassischen Demokratie**

Europa

24 **Alternative zur undemokratischen EU?** Gerald Häfner

25 **Aktionen zur EU-Ratspräsidentschaft.** Karin Flothmann

26 **Europa - nicht ohne uns!** Internationale Konferenz im März

MD intern

28 **Mitglieder-Urabstimmung:** Frist verlängert!

28 **Lobby statt Landsgemeinde.** Betriebsausflug zur EU

29 **MD-Mitgliederversammlung im April.** Claudine Nierth

Nachruf

30 **Ein Leben für die Demokratie.** Peter Dienel ist tot

Service

32 **Rezensionen.** Direkte Demokratie, Bürgerhaushalt u.a.

33 **Leserforum.** Alternativen zum Mehrheitswahlrecht...

34 **Demokratiebedarf / Buchversand**

35 **Ansprechpartner** und Service-Adressen

6 Neues Wahlrecht.
In Bremen wurde über das Mittel des Volksbegehrens ein neues, bürgerfreundlicheres Wahlrecht erkämpft.

17
Franz Thediek fragt nach der Tauglichkeit der repräsentativen Demokratie und macht Reformvorschläge.

24 EU - nicht ohne uns!
Gerald Häfner stellt die der MD-Kampagne zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor.

Politik auf dem Prüfstand...

Die Demokratie ist eine wunderbare Sache, wenn sie funktioniert. Wenn sie aber nur auf dem Papier steht, ist sie nichts wert. Regierung durch das Volk und für das Volk, lautet das Prinzip. Oder in den Worten des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus". Doch wie erleben die Bürger unseres Landes die real existierende Demokratie?

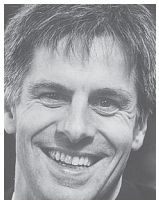
„Haben Sie den Eindruck, dass das Volk in der Demokratie etwas zu sagen hat?" fragte ein großes Meinungsforschungsinstitut die Deutschen im Dezember. Die Antwort ist erschütternd. Nur 18% bejahen diese Frage. 82% dagegen vertreten die Auffassung, dass das Volk in der Demokratie nichts zu sagen hat. Im Osten unseres Landes glauben sogar lediglich noch 10%, dass die Bürger etwas zu sagen hätten. Dort sind 90% der Ansicht, „dass auf die Interessen des Volkes keine Rücksicht genommen wird." Dass man mit Wahlen „in starkem Maße die Politik mitbestimmen kann", glauben nur 5%. Und 47% (56%) glauben, die Politik durch Wahlen „gar nicht mitbestimmen" zu können. Deprimierende Zahlen. Sie standen im Stern. Und danach in vielen deutschen Zeitungen. Man erwartet eine Reaktion der Politik, der Parteien, der Abgeordneten, die doch sonst immer behaupten, die Hand am Puls des Volkes zu haben. Sie würden aufgreifen, was die Bürger bewegt, sagen Sie. Sonst jedenfalls. Hier aber nicht.

Sind die Bürger vielleicht den Politikern wirklich schon egal? Zählen nur noch Wirtschaftszahlen, Finanz- und Industrieinteressen? Wer kümmert sich um die Demokratie, den Boden aller Politik, den Humus, der allein gute politische Entscheidungen im Interesse und zum Wohle der Bürger garantiert?

Ich fürchte, wir müssen das selbst tun. Die überwiegende Zahl der Politiker ist zu sehr mit ihren Ränkeschmieden, ihrer Wiederaufstellung, ihrem Machterhalt, ihren Kuhhändeln und parteitaktischen Grabenkämpfen beschäftigt, als dass sie die Sorge der Bürger um die Demokratie ernstnehmen könnten.

Wir aber dürfen nicht zulassen, dass die Demokratie verkommt und die Bürger sich in der Folge resigniert oder zynisch vom Gemeinwesen abwenden, weil sie glauben, dass ihre Meinung eh nicht zählt. Wir müssen uns um die Demokratie kümmern, sie schützen, hegen und pflegen. Und: sie weiterentwickeln.

Die wichtigste Antwort haben die Befragten schon gegeben: 80% wollen auch zwischen den Wahlen entscheiden. 80% wollen den bundesweiten Volksentscheid. Für dieses Ziel ist Mehr Demokratie gegründet worden. Und ich bin sicher: Wir werden es erreichen!



Mit herzlichen Grüßen,
Gerald Häfner

Impressum

Herausgeber:
Mehr Demokratie e.V.
Jägerwirtstraße 3
81373 München
tel.: 089-821 17 74
fax: 089-821 11 76
email: bundesbuero@mehr-demokratie.de

Verlag:
Demokratiebedarf e.V., Jägerwirtstr. 3, 81373 München

Redaktion:
Erhard O. Müller (V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
tel.: 030 - 420 823 70
fax: 030 - 420 823 80
email: zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement:
jährlich Euro 18,- ermäßigt Euro 10,- für vier Ausgaben per annum. Kündigung des Abos zum Jahresende. Für Mitglieder von Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Auflage:
4.500 Exemplare

Anzeigen:
Preisliste Nr. 4 vom 1.1.2002

Druck:
100% Recyclingpapier

Konto:
Mehr Demokratie, BfS München, Kto-Nr. 8858105, BLZ 70020500

Kleingedrucktes:
Nachdruck frei. Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss:
Für Heft 2/2007: 10.3.2007

aktuelles rund um die direkte demokratie...

BREMEN
Erfolg für das Volksbegehren in Bremen

Jetzt ist es offiziell: Das Volksbegehren für ein neues Wahlrecht in Bremen war erfolgreich. Die Prüfung hat ergeben, dass die Unterschriftenhürde von 10% deutlich übersprungen wurde. 71.365 Menschen in Bremen und Bremerhaven haben bis zum 18. Oktober das Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen" mit ihrer Unterschrift unterstützt. Der Volksentscheid entfällt nun, weil die Bremische Bürgerschaft dem Gesetzentwurf Mitte Dezember zugestimmt hat. Es ist das erste Gesetz, das aufgrund eines erfolgreichen Volksbegehrens beschlossen wurde. Ab 2011 gilt im Bundesland Bremen ein verändertes Wahlrecht, das den Wählerinnen und Wählern mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Parlamente bringen wird. Nur noch einmal - am 13. Mai 2007 - gilt das alte, reine Listenwahlrecht. Nach der Reform können mit bis zu fünf Stimmen einzelne Kandidaten auch direkt gewählt werden. *(mehr dazu auf Seite 6)*

HAMBURG
Des Volkes Wille darf nicht ignoriert werden...

Die Bürgerschaftsfraktionen von SPD und GAL in Hamburg und Mehr Demokratie haben im Dezember Klage gegen das von der CDU geänderte Wahlrecht beim Hamburgischen Verfassungsgericht eingereicht. Die 40-seitige Klageschrift wurde von dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Prof. Ernst Gottfried Mahrenholz erstellt, der als einer der angesehensten deutschen Wahlrechtsexperten gilt. Entscheidend ist für Mahrenholz, dass das Wahlrecht geändert worden ist, bevor es einmal angewendet wurde. Das laufe der „Organtreue" zuwider, einem zentralen Verfassungs-Grundsatz.

HAMBURG
Rettet den Volksentscheid

Mit den Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid" und „Stärkt den Volksentscheid" will Mehr Demokratie in Hamburg die Demokratie zurückerobern und weiter ausbauen. Vom 13. Februar bis 5. März 2007 müssen sich mindestens 62.500 Hamburger eintragen, damit die Volksbegehren erfolgreich sind. Wenn alle mithelfen, ist das zu schaffen! Da die freie Unterschriftensammlung in Hamburg von der CDU wieder abgeschafft wurde, hatte das Hamburger Demokratiebündnis eine andere Idee: Statt Unterschriften werden nun Anträge auf Briefeintragung gesamelt, so dass die Menschen beim Volksbegehren die Briefeintragungsunterlagen vom Amt zugeschickt bekommen. Diese Sammlung der Anträge kann schon vor dem Volksbegehren beginnen! Wer helfen möchte, sollte in **der Zeit vom 15. Januar bis 5. März für einige Tage nach Hamburg kommen!** Für freie Übernachtung ist gesorgt! Für Anmeldungen und weitere Fragen wenden Sie sich bitte an: *Kurt Wilhelmi, Tel. 030-42 80 43 90, kurt.wilhelmi@omnibus.org*

NORDRHEIN-WESTFALEN
Mehr Demokratie beim Wählen

Am 21. Oktober fiel die Entscheidung bei der nordrhein-westfälischen Mitgliederversammlung: Im kommenden Frühjahr startet in Nordrhein-Westfalen die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen". Mit dieser Initiative soll auch im bevölkerungsreichsten Bundesland ein Wahlrecht durchgesetzt werden, bei dem die Wähler größeren Einfluss auf die Zusammensetzung der Stadträte nehmen können. Vorausgegangen war eine mehrmonatige Info-Kampagne, bei der die Bürgerinnen und Bürger in den Städten NRWs „testwählen" konnten.

SACHSEN
Sieg für Demokratie in Dresden

Der Stadtrat von Dresden wurde am 9. November aktiv und sorgte für mehr Mitsprachemöglichkeiten in der sächsischen Metropole. Er senkte das Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren von 15 auf fünf Prozent. In Sachsen sieht die Gesetzeslage vor, dass eine Änderung des Unterschriftenquorums durch die kommunalen Parlamente vorgenommen werden kann, indem die Hauptsatzung geändert wird.

BERLIN
Rudi Dutschke hat eine Straße

Am 21. Januar 2007 war es soweit: Die Bürgerinnen und Bürger von Kreuzberg stimmten darüber ab, ob ein Stück der bisherigen Kochstraße künftig Rudi-Dutschke-Straße heißen soll oder nicht. Die CDU hatte erfolgreich Stimmen gegen einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg-Friedrichshain gesammelt, einen Teil der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße umzubenennen. Das Ergebnis: 16,8 % beteiligten sich an der Abstimmung, 57,1 % davon stimmten für Rudi Dutschke... Delikat: An der Kochstraße steht auch das Verlagsgebäude des Springer-Konzerns, der unabhängig vom Ergebnis des Bürgerentscheids Klage gegen die Straßenumbenennung eingereicht hat...

BERLIN
Das Volk gegen den FC Bundestag

In den kalten ersten Novembertagen des vergangenen Jahres trafen sich elf mehr-demokratische Männer in orangen Trikots auf einem Fußballplatz am Prenzlauer Berg, um gegen den FC Bundestag anzutreten. „Hier spielt das Volk!" prangte auf der Brust eines jeden aufrechten Demokraten. Die Volksvertreter aus dem Reichstag hingegen schmückten sich mit deutschen Nationaltrikots. Bei lausiger Kälte und viel Fairplay verlor das Volk: Am Ende stand es 4:2 für die Volksvertreter. (Ausführlicher Spielbericht in dieser Zeitung auf Seite 12)

BUNDESWEIT
MdBs unter Beobachtung

Am 8. Dezember 2006 startete das Online-Portal *abgeordnetenwatch.de*. Was in Hamburg seit zwei Jahren möglich ist, gibt es seither bundesweit: Bürger können allen 614 Bundestagsabgeordneten ab sofort im Internet zu allen möglichen Themen Fragen stellen. Sowohl die Fragen als auch die Antworten sind für alle Besucher der Web-Seite www.abgeordnetenwatch.de einsehbar und damit öffentlich zugänglich.

EUROPA
Europäische Volksinitiative gestartet

Die European Citizens' Initiative ging an den Start: Mit der Europäischen Volksinitiative startete am 9. November 2006 eine europaweite Unterschriftenaktion für mehr Demokratie in Europa. Ziel der Kampagne ist die Einführung eines europäischen Bürgerinitiativrechts. Mit Hilfe einer solchen Volksinitiative könnte die europäische Kommission von den Bürgerinnen und Bürgern der EU aufgefordert werden, ein Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen. Unter *www.citizens-initiative.eu* können Sie durch Ihre Unterschrift der Forderung nach einem demokratischeren und bürgernäheren Europa Nachdruck verleihen.

EUROPA
Nicht ohne seine Bürger!

Vom 23. - 25. März 2007 wird Mehr Demokratie in Berlin eine Konferenz über die Zukunft Europas durchführen. An Stelle einer elitären und glamourösen Feier der Vergangenheit ziehen wir es vor, uns den realen Problemen zu widmen: Wie können wir ein demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger schaffen? Wie können wir eine reale Subsidiarität, demokratische Kontrolle, Transparenz und direkte Bürgerbeteiligung erreichen und sichern? Während der Konferenz werden Vertreter der Zivilgesellschaft aus vielen Teilen Europas Wege aus der aktuellen Krise der Demokratie in Europa und seiner Verfasstheit vorstellen und beraten. In diesem Rahmen werden wir uns auf die Demokratie als den grundlegenden europäischen Wert konzentrieren, der die Aspekte der Freiheit, der Teilhabe und der Solidarität einschließt. *(mehr auf Seite 26)*

JAHRESTAGUNG 2007
Demokratie & Wirtschaft - ein delikates Wechselverhältnis

Nicht erst seit das Zeitalter der Globalisierung angebrochen ist, stehen Demokratie und Wirtschaft in einer spannungsreichen wechselseitigen Beziehung zueinander: Einerseits ist das marktwirtschaftliche System bislang das einzige, in dem Demokratie dauerhaft gewährleistet werden konnte – andererseits stehen die Gesetzmäßigkeiten einer am Profit orientierten Wirtschaft den Ansprüchen einer am Allgemeinwohl und an weitgehender Selbstbestimmung orientierten Demokratie des Öfteren entgegen. Die Jahrestagung 2007 von Mehr Demokratie e.V. möchte dieser komplexen Wechselwirkung und ihren verschiedenen Aspekten auf den Grund gehen.
13.-15. Juli 2007 (Freitag bis Sonntag), Tagungshaus Hainstein, Am Hainstein 16, 99817 Eisenach

Demokratischeres Wahlrecht für Bremen!

Erstes erfolgreiches Volksbegehren in der Hansestadt

REPORT

VON KATRIN TOBER, BREMEN

Die Freude im kleinsten Bundesland ist groß: Der Landesverband Bremen/Niedersachsen hat gleich zweifachen Grund zum Jubeln.
Der erste Anlass zum Feiern: Wir haben das erste erfolgreiche Volksbegehren in Bremen geschafft! 10% der Wahlberechtigten mussten hierfür unterschreiben. Diese Hürde wurde in Bremen noch nie übersprungen. Aber es hat sich gelohnt: Von den im Oktober eingereichten 71.378 Unterschriften waren über 65.000 Eintragungen gültig. 48.175 hätten bereits gereicht. Von diesem deutlichen Ergebnis haben sich auch die Gegner eines neuen Wahlrechts beeindrucken lassen. Mitte Dezember hat die Bremische Bürgerschaft unserem Gesetzentwurf zugestimmt. Und daraus folgt der zweite Anlass zum Feiern:
Ab 2011 gilt ein demokratischeres Wahlrecht im Bundesland Bremen. Eine reine Listenwahl mit nur einer Stimme wird es nur noch bei der nächsten Wahl, am 13. Mai 2007 geben. Zukünftig können fünf Stimmen frei an einzelne Kandidaten und Parteilisten verteilt werden. Den Vorteil solch eines Wahlrechts haben fast alle anderen Bundesländer schon erkannt und zumindest auf kommunaler Ebene in ähnlicher Form umgesetzt. Bald dürfen sich auch die Bremer und Bremerhavener genau die Kandidaten aussuchen, denen sie vertrauen.

Die Vorteile des neuen Wahlrechts

Es macht einen Unterschied, ob man mit nur einer Stimme lediglich eine Parteiliste abnickt, oder ob mit mehreren Stimmen die Möglichkeit besteht, einzelne Kandidaten direkt zu wählen.

1. Durch ein Wahlrecht mit mehreren Stimmen erhöhen sich die demokratischen Einflussmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler. Parteien entscheiden nicht mehr alleine über ihre Listenreihenfolge, denn sie kann von den Wählerinnen und Wählern verändert werden.
2. Die Abgeordneten müssen näher bei den Bürgerinnen und Bürgern sein, wenn sie wiedergewählt werden wollen. Gleichzeitig werden sie unabhängiger von den Parteiführungen.
3. Wenn die Menschen selbst bestimmen können, wer sie im Parlament vertreten soll, wird Politik nicht mehr über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht.
4. Die höhere Unabhängigkeit der Abgeordneten kann sich positiv auf das Klima innerhalb von Parteien und Parlamenten auswirken.

Rückblick

Im Jahr 2005 tagte ein Ausschuss der Bürgerschaft, der sich mit der Frage eines neuen Wahlrechts für Bremen auseinandersetzte. Der Antrag von Grünen und FDP fand jedoch keine parlamentarische Mehrheit. Mehr Demokratie e.V. hatte daraufhin ein Volksbegehren angekündigt. Am 1. März 2006 fiel der Startschuss: 5.000 Unterschriften mussten im ersten Schritt gesammelt werden, um die Zulassung des Volksbegehrens zu beantragen. Ende Mai wurden 6.700 gültige Unterschriften eingereicht und

Ende Juni kam bereits die positive Entscheidung des Senats.
Bei Volksbegehren in Bremen gilt eine Frist von drei Monaten, innerhalb derer 10% der Wahlberechtigten unterschreiben müssen. Das Bündnis für die Wahlrechts-Reform, dem neben den kleinen Parteien noch 18 weitere Organisationen und Vereine und außerdem zahlreiche prominente Einzelpersonen angehören, musste von Mitte Juli bis Mitte Oktober genau 48.175 Unterschriften sammeln. Täglich wurden Infostände auf den Wochenmärkten, in der Innenstadt und im Rahmen von Veranstaltungen angeboten. Viele Bürgerinnen und Bürger aus Bremen und Bremerhaven, zahlreiche Aktionsurlauber aus anderen Bundesländern und der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE haben dem ersten Volksbegehren in Bremen zum Erfolg verholfen.

Festzuhalten bleibt:

Nur weil so viele Menschen unterschrieben und mitgeholfen haben, konnte der notwendige Druck auf die großen Parteien ausgeübt werden. Die ganzen Monate des Volksbegehrens gab es nicht wenige Skeptiker. Selbst als wir schon über 30.000 Unterschriften zusammen hatten, liefen noch Wetten vor dem Rathaus, dass wir es sowieso nicht schaffen würden. Die Wetten haben wir gewonnen: Der Preis ist ein bürgerfreundlicheres Wahlrecht mit mehr Auswahl bei der Wahl!

Mehr Informationen unter: www.neues-wahlrecht.de

Bremer Bürger/innen stehen Schlange für die Demokratie...

Motto am letzten Tag: Sammeln bis 24 Uhr!

Katrin Tober ist Mitarbeiterin im Landesbüro Bremen/ Niedersachsen von Mehr Demokratie

Wählt nach Präferenzwahlsystem: San Francisco, Stadt der Golden Gate Bridge

NRW in schlechter Kommunal-Verfassung

In diesem Jahr sind in Sachen kommunaler Demokratie in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Änderungen geplant. Tatsächliche Fortschritte wird es kaum geben.

VON TORSTEN STERK, KÖLN

Neben dem bedauerlichen Verzicht auf die Einführung eines demokratischeren Kommunalwahlrechts (siehe nebenstehender Artikel) haben sich CDU und FDP auf folgende Punkte geeinigt:

- künftig soll es bei Landtagswahlen eine Zweitstimme geben. Dabei bleibt die Direktwahl der Abgeordneten aus den 128 Wahlbezirken in NRW unberührt. Die Zweitstimme bezieht sich auf die 53 weiteren Abgeordneten des NRW-Landtags.
- Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte werden auf sechs Jahre, die Räte weiterhin auf fünf Jahre gewählt und zwar ab 2014/2015.
- die Stichwahl zum Bürgermeisteramt wird abgeschafft. Als gewählt gilt der Kandidat mit den meisten Stimmen, auch wenn dieser nicht die absolute Mehrheit erhalten hat.
- als Ergänzung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid werden Ratsbegehren und Ratsreferendum eingeführt.

Aus demokratiepolitischer Sicht sind diese Reformen fast durchweg enttäuschend. Während Institutionen wie der „Konvent für Deutschland" um Altbundespräsident Roman Herzog auf Bundesebene längst eine Abkehr vom Zwei-Stimmen-Wahlrecht fordern, verkaufen CDU und FDP die Einführung der Zweitstimme bei Landtagswahlen als Demokratie-Fortschritt. Tatsächlich bietet das Bundestagswahlrecht den Wählern nur wenige Möglichkeiten zur tatsächlichen Einflussnahme auf die Zusammensetzung des Parlaments, weil die Reihenfolge der Kandidaten auf den Wahllisten nicht verändert werden kann. In Bayern wird dagegen auf Landesebene das Prinzip der „offenen Listen" praktiziert, bei dem der Wähler sein eines Kreuz gezielt an einen Mandatsbewerber vergeben kann. Dieses System gälte es auszubauen.

Präferenz- statt Stichwahl

Äußerst bedenklich ist die Abschaffung der Stichwahl bei der Bürgermeisterwahl. Dies könnte bedeuten, dass in Zukunft Kandidaten mit vielleicht nur 25 oder 30 Prozent der Wählerstimmen als Bürgermeister in die Rathäuser einziehen können. Dies wäre etwa dann der Fall, wenn drei oder vier starke Kandidaten ähnlich hohe Stimmen-

anteile erzielen, kein Amtsbewerber aber eindeutig vorne liegt.
Die Stichwahl abschaffen und gleichzeitig einen Demokratie-Fortschritt erzielen könnte man mit der Einführung des Präferenzwahlrechts. Beim Präferenzwahlsystem werden alle Kandidaten von jedem Wähler in eine Rangreihenfolge gebracht. Die Wähler können die Kandidaten so nummerieren, dass ihr Lieblingskandidat die Ziffer 1 erhält, die zweite Wahl die Ziffer 2 usw.
Bei der Stimmenauszählung wird der Kandidat zuerst gestrichen, der von den wenigsten Wählern auf ihrer Liste an die erste Stelle gesetzt wurde. Die Folgepräferenz seiner Wähler wird entsprechend als neue Erstpräferenz gesehen, die für den ausgeschiedenen Kandidaten abgegebenen Stimmen entsprechend auf die verbliebenen Bewerber umverteilt. Das Verfahren wird solange wiederholt, bis nur noch ein Kandidat übrigbleibt, bzw. bis ein Kandidat mehr als 50 Prozent der Erstpräferenzen erhält.

Vorteile der Präferenzwahl

Die Vorteil des Präferenzwahlsystems liegen auf der Hand:

- Es werden die Interessen auch der Wähler berücksichtigt, die an einer Stichwahl oft deshalb nicht mehr teilnehmen, weil „ihr Kandidat" nicht mehr im Rennen ist. Das Wahlergebnis fußt also auf einer breiteren Basis.
- Mögliche Verzerrungen des Wählerwillens durch das jetzige Wahlsystem werden verhindert. So kam bei der französischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2002 der Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen nur deshalb in die Stichwahl, weil sich die Stimmen für das linke Lager auf mehrere Kandidaten linker Parteien verteilten, die alle im ersten Wahlgang nicht den zweiten Platz erreichten. Le Pen konnte in der Stichwahl seinen Stimmenanteil kaum vergrößern, viele Wähler des linken Lagers waren aber „gezwungen" Jacques Chirac zu wählen, um Le Pen zu verhindern.
- Eine aufwändige Stichwahl in einem zweiten Wahlgang wird überflüssig.

Problemlos angewendet wird das Präferenzwahlsystem in Australien und Irland. Hinzu kommen die kalifornische Stadt San Francisco und der US-Bundesstaat Vermont.

Ratsbegehren und Ratsreferendum

Einziger Fortschritt bei der Reform der Kommunalverfassung ist die Einführung von Ratsbegehren und Ratsreferendum. Mit Hilfe eines Ratsbegehrens können die Gemeindevertretungen eine Abstimmung aller Bürger - das Ratsreferendum - herbei führen. Dies ist bereits in acht Bundesländern möglich. In Nordrhein-Westfalen fand bereits 2006 ein freiwilliges Ratsreferendum statt. Der Rat der Stadt Hamm überließ die Entscheidung über die Anlage eines Stausees den Bürgern. Am 18. Juni lehnten 56,9 Prozent der Abstimmenden das Projekt ab. Die Einführung des Ratsreferendums könnte ein Schritt sein hin zu z.B. in der Schweiz ganz selbstverständlichen obligatorischen Abstimmungen über wichtige kommunalpolitische Fra-gen.
Über Bord gekippt haben CDU und FDP aber leider frühere Forderungen zur Verbesserungen des kommunalen Bürgerentscheids. Beide Parteien hatten in Oppositionszeiten für eine Erweiterung der zulässigen Themenpalette für Bürgerbegehren etwa um wichtige stadtentwicklungspolitische Fragen (Flächennutzungs- und Bebauungspläne) plädiert und auch Gesetzesinitiativen hierzu ergriffen.
Nach dem Wahlsieg 2005 war hiervon nicht mehr die Rede. Sieht man, dass in Bayern jedes vierte Bürgerbegeh-ren in diesen Themenbereich fällt, lässt sich erahnen, welches gähnende Demokratieloch sich in NRW durch den Ausschluss solcher Fragen vom Bürgerentscheid auftut. CDU und FDP sind vom Demokratiemotor zum Hüter eines schlechten Status Quo geworden.

Mehr Information: ***www.mehr-demokratie.de/nrw.html***

Der Autor ist Pressesprecher von Mehr Demokratie in NRW

„Auch die Demokratie muss, wenn ihr Wert vermittelt werden soll, spürbar sein, ja wieder stärker spürbar werden. Ich kann mir durchaus mehr direkten Einfluss der Bürger vorstellen, etwa das Kumulieren und Panaschieren der Wählerstimmen auch bei Bundes- und Landtagswahlen."

Roman Herzog, Altbundespräsident

Landesregierung bricht Wahlversprechen

In Nordrhein-Westfalen sollen die Bürger nach dem Willen von CDU und FDP nun doch kein demokratischeres Kommunalwahlrecht bekommen. Mehr Demokratie will dem Landtag deshalb ab Mitte März mit einer Volksinitiative Beine machen.

VON TORSTEN STERK, KÖLN

Der Beschluss der schwarz-gelben Regierungskoalition zum Verzicht auf eine Reform des Kommunalwahlrechts Anfang Dezember war ein Tod mit Ankündigung. Bereits im Koalitionsvertrag hatten sich CDU und FDP nur auf die sybillinische Formulierung einigen können, die Einführung von Kumulieren und Panaschieren in NRW zu „prüfen". Und auch dies nur nach einer Intervention von Mehr Demokratie. Im Sommer hatte der CDU-Kreisverband Rhein-Sieg von Landesverband und Landtagsfraktion der Partei gefordert, die Wahlrechtsreform auf-zugeben. Im Oktober waren anlässlich des Streits um die zukünftige Amtzeit der Bürgermeister auch auf Landesebene Stimmen laut geworden, das demokratischere Wahlrecht als Ziel der Landesregierung zu kippen.
In Oppositionszeiten hatten CDU und FDP die Verankerung von Kumulieren und Panaschieren im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlgesetz seit langem befürwortet und hierzu auch Gesetzesinitiativen im Landtag gestartet. „Die CDU bricht damit ein Wahlversprechen, die FDP vergisst ihre liberal-demokratische Tradition", bedauerte Daniel Schily, Landesgeschäftsführer von Mehr Demokratie.
Erst Ende November hatte sich Bundespräsident Horst Köhler für mehr Demokratie beim Wählen ausgesprochen: „Es gibt bei Kommunal- und Landtagswahlen durchweg gute Erfahrungen mit dem sogenannten Kumulieren und Panaschieren - warum nicht mehr davon?"

Besser wählen: so geht's

Mehr Demokratie fordert schon seit einigen Jahren ein neues Wahlrecht für NRW. In Zukunft sollen die Bürger bei Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten die von ihnen favorisierten Kandidaten gezielt auswählen können. Dazu sollen sie so viele Stimmen bekommen, wie der jeweilige Gemeinderat Sitze hat. Diese Stimmen können die Wähler auf Mandatsbewerber verschiedener Parteien verteilen (Panaschieren) und bis zu drei Kreuze bei einem Kandidaten machen (Kumulieren). Wie bisher sollen die Wähler aber auch die Möglichkeit haben, den Listenvorschlag einer Partei mit nur einem Kreuz bestätigen zu können. Der Effekt: die Bürger können die von den Parteien festgelegte Reihenfolge der Kandidaten auf ihren Wahllisten noch einmal verändern.
Die von Mehr Demokratie vorgeschlagene Variante von Kumulieren und Panaschieren orientiert sich am geltenden hessischen Wahlrecht, das dort 1999 von CDU und FDP eingeführt wurde. Im Rahmen einer Untersuchung konnte festgestellt werden, dass dort jeder fünfte gewählte Gemeindevertreter sein Mandat diesem Wahlrecht verdankt. Diese von ihren Parteien auf aussichtslose Listenplätze gesetzten Kandidaten wurden von den Wählern mit so vielen Kreuzen bedacht, dass sie an Mandatsbewerbern vorbeizogen, die vor ihnen auf der Liste standen.

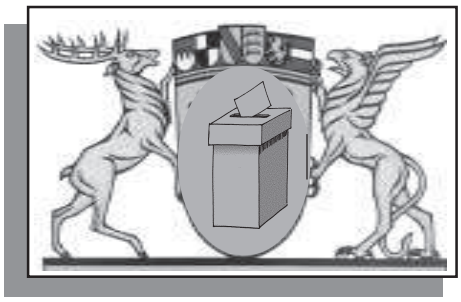
Volksinitiative startet im März

Um die Bürger von NRW auch in den Genuss dieses inzwischen in 13 von 16 Bundesländern praktizierten Wahlrechts kommen zu lassen, startet Mehr Demokratie im März eine Volksinitiative. Bis zum Sommer sollen die dafür notwendigen rund 66.000 Unterschriften gesammelt werden. Dann muss sich der Landtag mit dem von Mehr Demokratie formulierten Gesetzentwurf befassen. Derzeit sammelt der Landesverband Bündnispartner, die die Volksinitiative unterstützen.
Die Chancen für eine erfolgreiche Volksinitiative stehen gut. Grüne und Freie Wähler in NRW fordern schon seit langem Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen zwischen Rhein und Weser. Und auch viele unzufriedene CDU- und FDP-Mitglieder und -Gliederungen dürften die Initiative unterstützen.
Mitmachen kann jeder. Jede Unterschrift und jede Aktion zählt. Interessierte finden nähere Informationen unter ***www.wahlrecht-nrw.de***. *Alexander Slonka, Organisator der Volksinitiative, freut sich über Anrufe unter Tel. 02203-59 28-59.*

Für mehr Demokratie beim Wählen: Bundespräsident Horst Köhler

Der Autor ist Pressesprecher von Mehr Demokratie in NRW

Eckpunkte für ein besseres Wahlrecht



MD-Landesverband fordert Reformen bei der Volksgesetzgebung sowie ein bürgerfreundlicheres Wahlrecht in Baden-Württemberg

VON CHRISTIAN BÜTTNER, STUTTGART

Seit 1975 sieht die Landesverfassung von Baden-Württemberg Volksbegehren vor. Aufgrund der hohen Hürden, fand bis heute aber keines statt. Nun haben CDU-FDP in ihrer Koalitionsvereinbarungen 2006 eine Änderung der Volksgesetzgebung vorgesehen: Das Zustimmungsquorum soll von 33,3 Prozent soll auf 25 abgesenkt werden. Diese Änderung ist völlig unzureichend, da die anderen Hürden weiterhin viel zu hoch sind. Weder an der Frist von zwei Wochen, noch die Aufhebung der Amtseintragung bei der Unterschriftensammlung sollen sich etwas ändern. Auch weiterhin müssen 16,6 Prozent aller Wahlberechtigten - dass sind ca. 1,25 Millionen - ein Volksbegehren unterstützen. Baden-Württemberg bliebe zusammen mit dem Saarland das Schlusslicht bei der Volksgesetzgebung...

Auf einer Mitgliederversammlung im Dezember hat der Landesverband Eckpunkte für eine Reform des Volksentscheids beschlossen. Weitere Anliegen, wie z.B. die Umwandlung des Zulassungsantrags in einen Volksinitiative sind damit nicht erledigt.

Wir fordern die Ausweitung des Anwendungsbereichs auch auf „Gegenstände der politischen Willensbildung", so dass nicht nur Gesetze, sondern auch Willensäußerungen Inhalt eines Volksbegehrens sein könnten. Der zweite Punkt betrifft die Unterschriftensammlung. In Baden-Württemberg soll sowohl eine freie Unterschriftensammlung, als auch die Eintragung in Ämtern möglich sein. Dies ist für ein großes Flächenland die angebrachteste Lösung. Die Frist für die Unterschriftensammlung soll auf mindestens sechs Monate verlängert werden und statt 16,6 der Wahlberechtigen sollen in Zukunft nur noch 5 Prozent unterschreiben müssen. Dann reichen 375.000 statt 1,25 Million Unterschriften für ein Volksbegehren.

Die beiden letzten Punkte betreffen die Durchführung und das Quorum beim Volksentscheid. Um Initiativen nicht zu benachteiligen, fordert Mehr Demokratie umfassende Fairnessregeln und weitestgehende Transparenz. Dazu gehört u.a. eine aus Landesmittel finanzierte Informationsbroschüre, die ausgewogen über Pro und Contra vor einem Volksentscheid aufklärt. Außerdem fordern wir die Abschaffung des Zustimmungsquorums beim Volksentscheid über einfache Gesetze und sonstige Willensäußerungen. Bei Volksentscheiden über Verfassungsänderungen sollte ein Quorum von höchstens 25 Prozent gelten.

Reform des Wahlrechts?

CDU und FDP in Baden-Württemberg haben auch eine Wahlrechtsreform vorgenommen. Das bestehende Landtagswahlrecht erlaubt den BürgerInnen schon jetzt einen großen Einfluss auf die Zusammensetzung des Landtags. Im Gegensatz zur Bundestagswahl und den Wahlen in vielen anderen Bundesländern gibt es keine Landeslisten. Die Abgeordneten werden direkt gewählt. Aber an anderer Stelle bestehen es große Ungerechtigkeiten. So sind z.B. die Wahlkreise unterschiedlich groß, mache weichen um bis zu 25 Prozent von dem Mittel ab.

Der MD-Landesverband beschäftigte sich mit diesem Thema zum ersten Mal. Er plant in Zukunft weitere Aspekte des Wahlrechts zu diskutieren, so z.B. den Vorschlag des Familienwahlrechts oder die Vor- und Nachteile einer Direktwahl des Ministerpräsidenten. Mehr Demokratie hat seine Positionen nun unter dem Maßstab *„Sicherung und Ausweitung des Einflusses der Bürger auf die Zusammensetzung der Parlamente"* entwickelt. Danach sollen die Wahlberechtigten in keinem Wahlkreis mehr als 10% von der Durchschnittsgröße abweichen. Auch in Zukunft soll es keine Parteilisten geben, denn die Kandidaten sollen so direkt wie möglich bestimmt werden. Bei der Zweitausteilung soll weiterhin die absolute Stimmenanzahl gelten. Damit werden die unterschiedlichen Wahlbeteiligungen zwischen den Wahlkreisen honoriert.

Das Prinzip der Inkompatibilität muss auch in Baden-Württemberg gelten und Landtagsabgeordnete sollen nicht weiter im öffentlichen Dienst (Beamte, Bürgermeister, Landräte usw.) arbeiten dürfen, sondern müssen für die Dauer ihres Mandates ihre Arbeit ruhen lassen. Über die z.Z. im Landtag diskutierten Reformvorschläge hinaus fordern wir die Einführung eines Ersatzstimmrechts: Damit Stimmen, die an Parteien vergeben werden, die an der 5%-Klausel scheitern, nicht länger verloren gehen, fordern wir die Einführung einer Ersatzstimme. D.h. jeder Wähler hat eine „normale" und eine Ersatzstimme. Diese zählt, wenn die normale Stimme an eine Partei ging, die die 5%-Hürde nicht erreicht hat. Damit könnte die Wahlbeteiligung erhöht und das Wahlsystem innovationsfreundlicher werden. Die 5%-Klausel sollte auf 3% gesenkt werden, um eine bessere Repräsentation des Wählerwillens zu erreichen. Außerdem soll das Wahlalter auf 16 abgesenkt und EU-Bürger/innen sollen, wie bei Kommunalwahlen, auch bei Landtagswahlen mitwählen können.

Der Autor ist Geschäftsführer von Mehr Demokratie in Baden-Württemberg. *Mehr Informationen unter: www.mitentscheiden.de*

„Hier spielte das Volk!“

Am 7. November trat eine Elf von Mehr Demokratie gegen den FC Bundestag an.

REPORT

VON KARIN FLOTHMANN, BERLIN

Was passiert, wenn das Volk gegen seine Volksvertreter antritt, sieht in etwa so aus: Es ist saukalt am Spielfeldrand des Friedrich-Ludwig-Jahn Sportplatzes in Berlin-Prenzlauer Berg. Nach nur 20 Minuten haben sich die Zehen der Zuschauer schon nahezu in Eiszapfen verwandelt. Doch auf dem Spielfeld fließt zur gleichen Zeit der Schweiß. Denn da spielen am 7. November abends um 18 Uhr unter Mond- und Flutlicht elf Kicker vom „Mehr Demokratie e.V.“ gegen den FC Bundestag. „Hier spielt das Volk!“, skandieren die Zuschauergrüppchen immer wieder. Und manchmal, wenn die beiden Stürmer der außerparlamentarischen Demokraten sich dem gegnerischen Tor tatsächlich einmal nähern, brüllt einer: „Harry vor, mach ein Tor!“ oder: „Kurt! Mach zu! Jetzt schiiiiiieß doch! Mensch!“

Tatsächlich kommen Kurt und Harry, eben jene demokratischen Stürmer, in der ersten halbstündigen Halbzeit nicht zum Zuge. Stattdessen die Stürmer vom FC Bundestag. Achtmal hält der zottelige Ersthalbzeits-Torwart Uli Felsch den Ball und die Attacken der Bundestagsabgeordneten in Schach. Viermal jedoch sucht sich der Ball unhaltbar seinen Weg vorbei an diesem gewieften Torwart, der in seinem echten Leben Hausmeister im Berliner „Haus der Demokratie“ ist. Dreimal trifft Dirk Manzewski, SPD-Mann und Vizekapitän der Abgeordneten, den Kasten. Das vierte Mal verwandelt Thomas Oppermann (auch SPD) den Schuss zum Tor. Unangefochtener Torschützenkönig des FC Bundestag ist aber eigentlich Mannschaftskapitän Klaus Riegert von der CDU.

Die elf mehr-demokratischen Männer (plus zeitweise eine Frau), die verschwitzt über das Spielfeld laufen, sind hingegen überwiegend parteilos. Nur von der torschützenstarken SPD findet sich auch bei den Mehr-Demokraten ein Mitglied: Klaus Hahnzog, ehemaliger Landtagsabgeordneter in München und noch heute Richter am bayeri-schen Verfassungsgericht. Er und sein Parteigenosse Axel Berg vom FC Bundestag sind die Initiatoren des Spiels am Prenzlauer Berg. Doch auch dem 70jährigen Hahnzog, der unter allen Spielern eindeutig der Methusalem ist, gelingt in der ersten Halbzeit nicht der Anschlusstreffer. Nach den ersten dreißig Minuten trotten elf demokratische Männer in orangen T-Shirts zum Spielfeldrand und heben die Wasserflasche an den Mund. „Hier spielt das Volk“, prangt in blauen Lettern auf ihren Brüsten und Bäuchen. Und Teamchef Michael Efler versucht seine Truppe jetzt auf Sieg einzuschwören.

Das hilft. Immerhin vergehen keine fünf Minuten der zweiten Halbzeit, schon fällt das erste Tor für Mehr Demokratie. Der Torschütze des ersten Gegentors ist im wirklichen Leben angehender Waldorflehrer und heißt Andreas Michlo. Die Zuschauer setzen zu ersten La-oh-la-Wellen an, die ob der geringen Anzahl von Mitwirkenden allerdings eher plätschernd daherkommen... Einer steht im orangeblauen T-Shirt am Spielfeldrand und jammert: „Ich will auch mal mitspielen!“ und wird natürlich sofort eingewechselt. Demokratie muss sein.

Harry muss raus. Er darf aber sofort wieder rein, weil sich Thomas den Fuß vertreten hat und plötzlich humpelt. „Foul!“ „Foul!“, brüllt das Zuschauervolk und fordert Elfmeter. Aber Thomas war nur über die eigenen Füße gestolpert. „Hier spielt das Volk“ skandieren die mit den erfrorenen Zehen. Und die Elf von Mehr Demokratie wird prompt mitgerissen. Vor allem – wie es scheint – Stürmer Kurt Wilhelmi. Schon in der 45. Minute des Spiels zieht es ihn vors gegnerische Tor. Der Ball prallt vom Bundestagstorwart ab und rollt Kurt vor die Füße. Der fackelt nicht lang, tritt zu und schon schießt der Ball ins Tor: 2:4! Und Kurt rollt hinterher, mit einem waghalsigen Salto landet

auch er im Tor – und bricht sich bei dieser aufsehenerregenden Aktion sein Schlüsselbein. Zum Schluss stand es immer noch 4:2. Und beide Mannschaften trennten sich gut gelaunt. Nur Kurt, der war da schon im Krankenhaus...
P.S. Inzwischen sitzt er allerdings schon wieder quietschfidel in seinem Büro vom Omnibus für mehr direkte Demokratie und koordiniert die Einsätze der Helferinnen und Helfer bei den anstehenden Hamburger Volksbegehren. *(siehe Seite 4)*

oben: Einlauf ins Stadion

Mitte: Jede Mannschaft braucht nen Wimpel...

unten: Aufholjagd in der zweiten Halbzeit...

Gerald Häfner bei Christiansen

Reaktionen zur TV-Sendung am 7. Januar zum Thema „Politikverdrossenheit"

TV-TALK

So etwas passiert (leider noch) nicht alle Tage: Ein Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie wird in die allsonntägliche Polit-Talkshow von Sabine Christiansen geladen, um dort Rede und Antwort zum Thema Demokratie zu stehen. Die Sendung lief noch, als wir schon nervös auf den Besucherzähler unserer Homepage schauten. Man sah sofort: Viele Menschen wurden durch Gerald Häfner auf uns aufmerksam. Doch der Erfolg am Montag hat den ganzen Verein buchstäblich überrollt. Mehr als 700 Anfragen nach unserem Informationspaket gingen ein! Hier ein Auszug aus der Vielzahl von Mails, die uns erreicht haben.

Guter Start ins Jahr 2007 - und ein Auftrag
„Ich hoffe, das dies der Startschuss war, dieses Thema für 2007 soweit ständig in der Aufmerksamkeit der Medien zu halten, dass sich hier endlich auch was bewegt."
M. Hollenbach

„Zum Auftritt von Herrn Häfner in der gestrigen Sendung von Frau Christiansen möchte ich gratulieren. So stelle ich mir als Weltbürger ‚Demokratie' vor. Herzliche Grüße aus Österreich!" *G. Scheriau*

Neue Unterstützer
„Ich habe Sie und Ihre Vereinigung erstmals dort kennen gelernt. Ihre hervorragend und vor allen Dingen sachlich und unpolemisch vorgetragenen Argumente waren und sind in jedem Punkt richtig. Ich hoffe, dass Ihre Arbeit für die deutsche Demokratie möglichst schnell und umfassend Früchte tragen werde. Ich werde Ihre Arbeit verfolgen und konstruktiv unterstützen." *N. Reinheimer*

Lob und Hoffnung
„Der Auftritt Ihres Herrn Häfner bei Sabine Christiansen war mehr als beeindruckend. Endlich jemand in der Sendung, der die Meinung der, leider noch immer, schweigenden Mehrheit vortrefflich artikulierte." *C. Hensel*

„Ich sah Sie bei Christiansen und kann mich Ihren Ausführungen voll anschließen. Ich habe wieder ein bisschen Hoffnung."

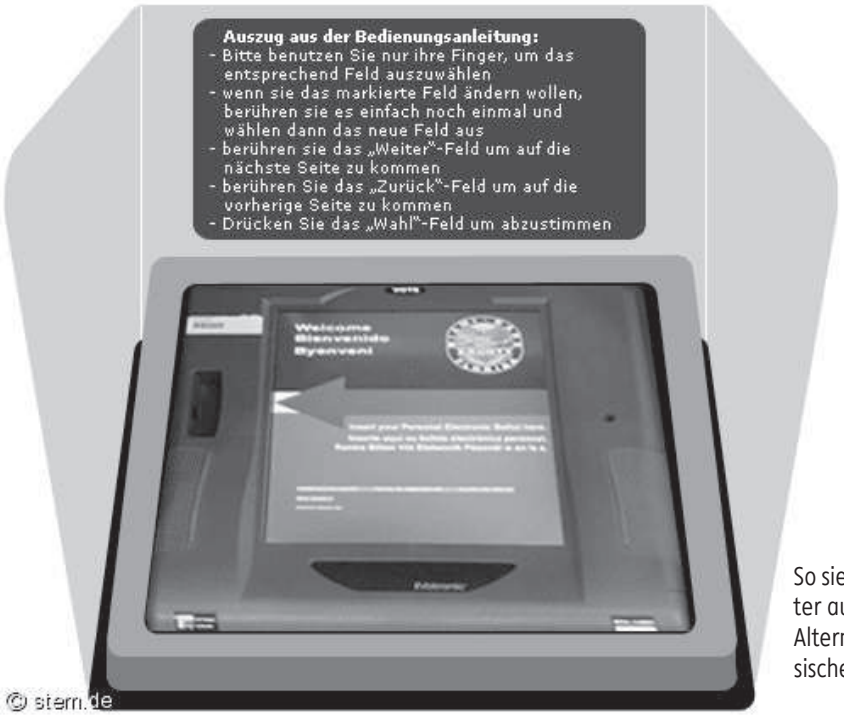
„Gestern habe ich seit Langem mal wieder die „Glotze" angemacht und mal was Interessantes gesehen/gehört: Die Argumente von Herrn Häfner. „Danke" - habe mich gleich bei euch als Mitglied beworben. Weiter so, des wird scho :-)" *F. Gluche*

Inhalte
An uns wurden auch Forderungen herangetragen, etwa nach Einführung einer Möglichkeit, bei einer Wahl auf dem Stimmzettel „Keine Partei" anzukreuzen. „Denn die Partei der Nichtwähler sollte unterschieden werden können von denen, die zwar zur Wahl gehen, aber ihren Unmut nicht durch Wegbleiben oder Protestwahl ausdrücken wollen."
W. Neuhuber

„Herr Häfner erwähnte gestern bei Sabine Christiansen Studien zur Wirkung der Bürgerentscheide (Stärkung des Interesses der Bürger, Stärkung der Identifikation etc.). Können Sie mir dazu einen Aufsatz nennen, wo ich die Ergebnisse finde? Das wäre super!" *S. Schelhowe*

„Sehr geehrter Herr Häfner, an Ihren Diskussionsbeiträgen fehlte mir der Hinweis auf die verheerenden Folgen, welche das Berufspolitikertum und die sich dadurch bietenden Einflussmöglichkeiten starker Interessengruppen auf die Gesetzgebung haben." *A. Steinforth*

Zusammengestellt von Ronald Pabst, MD-Büro Köln



So sieht der Wahlcomputer aus: eine zukünftige Alternative für die klassische Wahlkabine?

Wählen per Computer?

Unter welchen Vorausstzungen kann Mehr Demokratie dem Einsatz von Abtimmungs-Computern zustimmen?

VON NILS EHLERS,BERLIN

Die Demokratie im modernen Sinne beruht ganz wesentlich auf *freien*, *geheimen*, *gleichen* und *unmittelbaren* Wahlen und Abstimmungen. Diese Prinzipien gelten insbesondere im Augenblick der Ausübung des Wahl- und Stimmrechtes durch den einzelnen Bürger. Sie müssen aber ebenso bei der Ermittlung des Wahl- bzw. Abstimmungsergebnisses berücksichtigt werden. Jedes dieser Prinzipien hat seine spezifische Bedeutung und stellt spezifische Anforderungen:

■ **Freiheit:** Jeder kann seinen Stimmzettel beliebig, ohne Einschränkung auf die vorgesehenen Ankreuzungsmöglichkeiten abgeben. Die Auszählung muss auch mit nicht-standardmäßig ausgefüllten Stimmzetteln fertig werden, da z.B. das Durchstreichen des gesamten Stimmzettels auch eine demokratische Willensäußerung ist.

■ **Geheimheit:** Die Bürger füllen ihre Stimmzettel einzeln aus. Durch den Einwurf in die Urne vermischt sich ihre Reihenfolge. Dadurch ist es absolut unmöglich, durch Beobachten der Reihenfolge der Stimmabgabe und der Reihenfolge der Stimmen bei der Auszählung Rückschlüsse auf das Stimmverhalten einzelner Bürger vorzunehmen.

■ **Gleichheit:** Die ausgefüllten Stimmzettel sind mit dem Auge ohne technische Hilfsmittel lesbar. Das Verfahren der Auszählung der Stimmzettel ist transparent und einfach, dadurch ist es für jeden Bürger gleichermaßen zugänglich, nachvollziehbar und glaubwürdig.

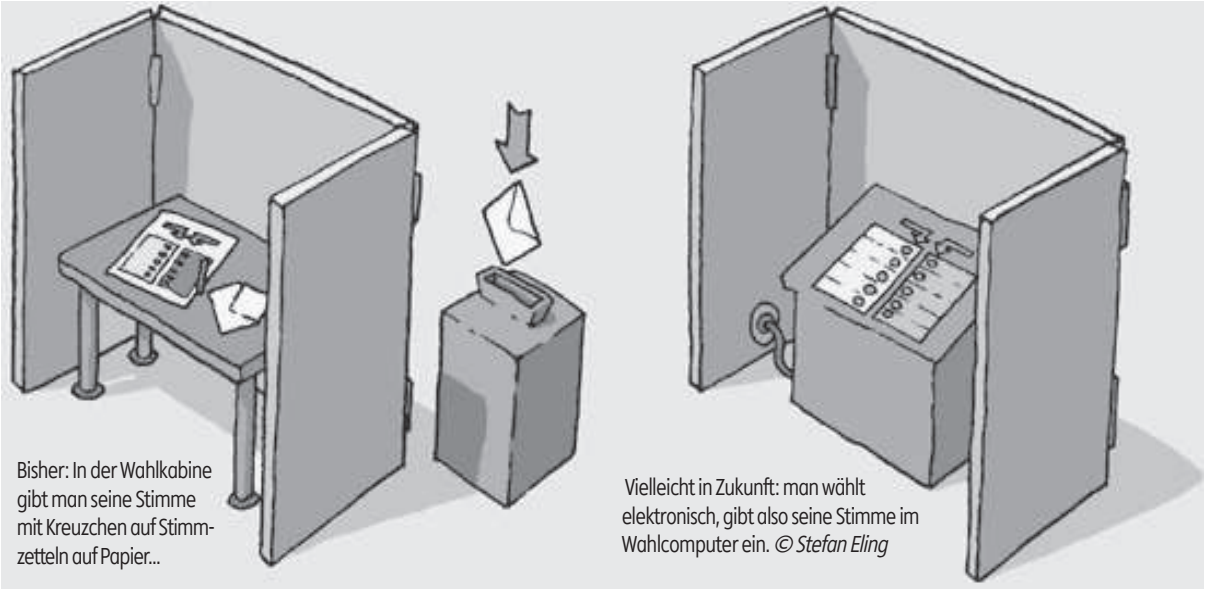
■ **Unmittelbarkeit:** Jeder Stimmzettel liegt für die Auszählung und Nachzählungen in genau der Form vor, wie er vom einzelnen Bürger – egal ob richtig oder sinnvoll – ausgefüllt wurde. Dadurch sind die Stimmen authentisch. Bei einer Nachzählung kann dadurch immer wieder unmittelbar von den individuellen Stimmen ausgegangen werden. Dies ist insbesondere bei der Interpretation nicht-standardmäßiger Stimmabgaben nötig.

Werden demokratische Prinzipien eingehalten?

Der Einsatz von Stimmcomputern (Wahlcomputer) ist wiederholt Gegenstand berechtigter Kritik geworden. Insbesondere die Problematik, dass Stimmcomputer die Manipulation von Wahlen und Abstimmungen erleichtern und schwerer nachvollziehbar machen, spielt hierbei eine Rolle. Stimmcomputer bringen jedoch Einschränkungen oder Gefahren für alle vier der genannten Prinzipien der Demokratie mit sich:

■ **Freiheit:** Die Stimmabgabe könnte auf die vorgesehenen Kreuzchen beschränkt sein. Ein anderes Kenntlichmachen des demokratischen Willens wird erschwert oder unmöglich gemacht.

■ **Geheimheit:** Aus der Reihenfolge der Speicherung der Stimmabgaben könnten Rückschlüsse auf das Stimm-



Bisher: In der Wahlkabine gibt man seine Stimme mit Kreuzchen auf Stimmzetteln auf Papier...

Vielleicht in Zukunft: man wählt elektronisch, gibt also seine Stimme im Wahlcomputer ein. *© Stefan Eling*

verhalten einzelner Bürger gezogen werden. Muss man sich (z.B. über Internet) mit Benutzernamen/Passwort anmelden, könnte eine Zuordnung einer bestimmten Stimmabgabe zu einem bestimmten Bürger möglich sein.

■ **Gleichheit:** Elektronisch gespeicherte Stimmabgaben sind nur mit technischen Hilfsmitteln lesbar. Die technischen Vorgänge in Stimmcomputern zwischen der Eingabe der Stimmen, ihrer Speicherung und ihrer Vorlage zur Auszählung sind für Bürger und ebenso für Wahlbeobachter intransparent, nachvollziehbar jedoch nur exemplarisch für Experten - und damit insgesamt allenfalls bedingt glaubwürdig.

■ **Unmittelbarkeit:** Es liegen keine Original-Stimmzettel vor, sondern lediglich eine elektronisch verarbeitete und elektronisch gespeicherte Wiedergabe der Stimmabgabe. Diese kann nicht die gleiche Authentizität haben wie ein physischer Stimmzettel. Eine Neuauszählung, bei der nichtstandardmäßige Stimmabgaben u.U. neu interpretiert werden können, ist nicht möglich.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass in der Programmierung eines Stimmcomputers Mechanismen zur Manipulation oder geheimen Speicherung von Zusatzinformationen entweder von vornherein bereits versteckt sind oder unbemerkt eingeschleust werden können. Ferner könnte eine Fehlfunktion zum Verlust vieler Stimmen führen.

Fazit: Einsatz nur unter Vorbehalt

Mehr Demokratie e.V. sollte den Einsatz von Stimmcomputern (= Wahlcomputer) nicht grundsätzlich befürworten. Sollte er als zwingend für jeden Bürger erwogen werden, ist er unter strenge Auflagen zu stellen, um die Prinzipien der freien, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahl und Abstimmung weitestmöglich zu wahren und nicht allzu sehr hinter die hohen demokratischen Standard, welche Wahlen und Abstimmungen per Stimmzettel und Urne gewährleisten, zurückzufallen.

Zu billigen ist hingegen der Einsatz von Stimmcomputern auf rein freiwilliger Basis. Dabei muß jeder Bürger im Wahl-/Stimmlokal frei und diskriminierungsfrei entscheiden können, ob er lieber per Stimmzettel und Urne oder per Computer wählt und abstimmt. Alternativ könnten wir uns die freiwillige Option der Stimmabgabe per Internet vorstellen. Die Bürger sind vor der Entscheidung über die Nutzung über alle möglichen Mängel in der Geheimheit der Stimmabgabe sowie der Überprüfbarkeit und Authentizität des Stimmergebnisses zu informieren.

Ein zwingender Einsatz von Stimmcomputern für alle Bürger wäre m.E. für Mehr Demokratie e.V. nur unter den nachfolgenden Auflagen vorstellbar:

■ Die Stimmabgaben müssen in elektronischer Form entweder nur zusammengezählt oder in zufälliger Reihenfolge einzeln gespeichert werden. Zusätzlich muss der Stimmcomputer den ausgefüllten Stimmzettel ausdrucken, wobei der Wähler die Gelegenheit haben muss, seine Stimmabgabe zu korrigieren. Für die Auszählung gilt im Zweifelsfall der ausgedruckte Stimmzettel, der wie bisher in einer Urne eingeworfen wird.

■ Die Konstruktions- und Schaltpläne sowie Programmquellen (einschließlich Betriebssystemen) von Stimmcomputern müssen veröffentlicht werden. Das öffentliche demokratische Interesse hat hier Vorrang vor privatwirtschaftlichem Interesse an Betriebsgeheimnissen.

■ Bau und technische Wartung von Stimmcomputern müssen in gleicher Weise überwacht werden wie die Herstellung von Banknoten und Pässen.

■ Jeder Stimmcomputer muss einzeln vor und nach jeder Wahl/Abstimmung auf Manipulation überprüft und mit einer individuellen Zulassung versehen werden.

Nils Ehlers ist Politikwissenschaftler und aktiv im Landesvorstand von MD ,Berlin Brandenburg

Geht die Macht vom Volke aus?

Die Bundesbürger sind höchst unzufrieden mit ihrem Einfluss auf die Politik. Nach einer unlängst veröffentlichten Forsa-Umfrage für das Magazin Stern glauben 82 Prozent, dass auf die Interessen des Volkes keine Rücksicht genommen wird. In Ostdeutschland sind es sogar 90 Prozent. Nur 18 Prozent sind bundesweit der Meinung, dass „das Volk etwas zu sagen hat". Und nur fünf Prozent der 1.001 Befragten denken, dass man mit Wahlen „in starkem Maße" die Politik mitbestimmen könne. 48 Prozent glauben, dass sie mit Wahlen „etwas" Einfluss ausüben könnten, dagegen meinen 47 Prozent, dass sie die Politik durch Wahlen gar nicht beeinflussen.
Mit dem politischen System, wie es im Grundgesetz festgelegt ist, sind der Umfrage zufolge 36 Prozent unzufrieden, mit dem tatsächlichen Funktionieren des Systems 61 Prozent. In Ostdeutschland ist sogar eine Mehrheit von 51 Prozent mit dem politischen System unzufrieden, 79 % mit dessen Funktionieren. Andererseits: Eine überwältigende Mehrheit von 80 % tritt für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auch auf Bundesebene ein. Anlass für Prof. Franz Thedieck, Mitglied des Kuratoriums von Mehr Demokratie e.V., der Frage nach der Zukunftstauglichkeit der repräsentativen Demokratie nachzugehen...

Vom Verfall der repräsentativen Demokratie

Oder: Können Bürger und Demokratie wieder zusammenfinden?

VON FRANZ THEDIECK, KEHL

Der 1992 verstorbene bayerische Politiker *Franz-Josef Strauss* kommentierte das System der direkten Demokratie abfällig mit dem Ausspruch: *„Vox populi – vox bovi!"* Nach seiner Meinung war der politische Prozess viel zu komplex, als dass der einfache Bürger ihn begreifen konnte. Vor zu viel Mitentscheidung müsse die Politik und müssten die Politiker bewahrt werden. Die Politik sei zu komplex, um vom Bürger verstanden und entschieden zu werden.
Heute, nach den negativ ausgegangenen Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Europäischen Verfassungsvertrag, hat dieses Argument Hochkonjunktur: Wenn das Volk anders reagiert, als die Politiker vorhergesehen haben, so ist der Fehler nicht bei den Politikern oder in der Politik zu suchen, sondern beim Volk. Es sei eben nicht in der Lage, die Zusammenhänge politischer Entscheidungen zu verstehen.

Wie reformtauglich ist unser politisches System?

Aber drehen wier den Spieß doch einfach mal um: Wie geeignet ist das gegenwärtige repräsentative System zur Lösung der im 21. Jahrhundert anstehenden Probleme? Bei der Bewertung eines politischen Systems geht es insbesondere darum, ob es geeignet ist, die relevanten gesellschaftlichen Fragen zu erkennen, zu definieren, zu diskutieren und einer nachhaltigen[1] Lösung zuzuführen.
Zur Nachhaltigkeit gibt es eine Reihe von Definitionsversuchen. Mich überzeugt am meisten die jenige von Mi-

1 Hierzu Andreas Glaser, Nachhaltige Entwicklung und Demokratie, Tübingen 2006

chael Wörz: *„Handle so, dass die Zahl der Alternativen steigt und die Menschen auch in Zukunft ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, und zwar so, dass genau dies auch deren Folgegenerationen ermöglicht wird." (Michael Wörz, 2000)*

Bereits *Hans Kelsen* wies darauf hin, dass dies die Existenzfrage für die modernen Demokratien sei: *„Davon, ob das Parlament ein brauchbares Werkzeug ist, die sozialen Fragen unserer Zeit zu lösen, davon hängt die Existenz der modernen Demokratie ab."*[2] Zu den lebenswichtigen Fragen unserer modernen Gesellschaften zählen:

- die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme[3]
- die Steuerflucht der großen Unternehmen
- die wachsende Arbeitslosigkeit in einer globalisierten Wirtschaft
- das Ausmaß der Staatsverschuldung
- die Rolle der nationalen Politik in einer Welt, in der sich die Staaten zu supranationalen Regionen formieren.

Für keine dieser Fragen besitzen das Parlament oder die Regierung eine langfristige oder gar nachhaltige Lösung. Angesichts dieser Unfähigkeit urteilt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, trotz des jedermann offenbaren tiefgreifenden Handlungsbedarfs in Deutschland seien die politischen Organe nicht fähig, die notwendigen Entscheidungen zur nachhaltigen Sicherung unserer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung zu treffen. Deshalb mahnt er eine „Reform an Haupt und Gliedern" an.[4]

Wir haben es also mit einer politischen Klasse zu tun, die unfähig ist, nachhaltige Lösungen anzubieten; teilweise ist dies durch die Angst der Politiker bedingt, ihren Wählern schmerzhafte Notwendigkeiten klar zu machen. Ein Beispiel ist das Medienecho auf die kritische Empfehlung des Bundesfinanzministers *Peer Steinbrück*, über den regelmäßigen Jahresurlaub nicht die wachsenden Kosten der Alterssicherung aus den Augen zu verlieren.[5]

Die Wähler reagieren mit Enttäuschung und Fassungslosigkeit auf die kontinuierliche Auflösung der Systeme der sozialen Sicherung und äußern ihr Unbehagen über die Energie, mit der die politische Klasse ihre sozialen Privilegien verteidigt. Und im Ergebnis sehen sie ihre Interessen immer weniger durch die indirekte Demokratie vertreten. So kann es nicht erstaunen, dass der von der Bundesregierung eingesetzte Rat für Nachhaltigkeit eine Umkehr verlangt, die in die Politik mehr Nachhaltigkeit integriert und den Nichtpolitikern mehr Mitsprachemöglichkeiten gewährt.[6]

Zentralisierungstendenzen

In jedwedem System besteht eine quasi natürliche Tendenz zur Zentralisierung. Im Verhältnis zur nationalen Ebene verlieren die regionalen Parlamente kontinuierlich an Kompetenzen und politischem Einfluss. Dieses Phänomen macht an den nationalen Grenzen selbstverständlich nicht halt, sondern existiert auch auf internationaler und Europäischer Ebene. Politische Entscheidungsprozesse verlagern sich auf demokratisch nicht kontrollierbare internationale Institutionen und Verhandlungssysteme; die existierenden demokratischen Systeme verlieren materielle Entscheidungsmasse und laufen zunehmend leer.[7] Die Europäische Union absorbiert immer mehr nationale Kompetenzen. Sie bestimmt bereits 60 bis 70 % der Gesetzgebungsmaterie, für die nationalen und regionalen Ebenen bleibt immer weniger Entscheidungsspielraum übrig. Als Kehrseite des europäischen Demokratiedefizits macht *Hans Herbert von Arnim* eine wachsende Autonomie der politischen Klasse aus.[8] Da ihre Macht infolge des Demokratiedefizits zunimmt, ist sie an einer Abhilfe nicht interessiert.

Zwischen dem Image der scheinbar allmächtigen Staatschefs und der Wirklichkeit klafft eine riesige Lücke: Die Macht entgleitet ihren Händen. Konfrontiert mit einer Europäisierung, die den Globalisierungsdruck[9] verstärkt, sind die nationalen Politiker immer weniger in der Lage, eine eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bestimmen. Stellt man sich die nationalen Kompetenzen metaphorisch als eine mit Wasser gefüllte Flasche vor, so bleibt zwar die Hülle erhalten, die Wassermenge in der Flasche nimmt jedoch kontinuierlich ab.

Und gleichzeitig entschwinden dem Bürger demokratische Mitentscheidungsrechte. Der einzelne Bürger mag zwar nicht in der Lage sein, diese politische Analyse vorzunehmen, zweifellos nimmt er aber in diffuser Weise den permanenten Verlust an Einflussmöglichkeiten wahr.

Es wäre ein Fehlschluss anzunehmen, dass der Bürger auf europäischer Ebene hinzugewinnt, was er auf nationaler Ebene verliert. Zweifellos nimmt der Einfluss des Europäischen Parlaments zu. Dennoch bleibt es dabei, dass die Machtverteilung zwischen dem Europäischen Rat, dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament unausgewogen ist.

Viele Materien sind dem Mitentscheidungsverfahren entzogen, namentlich die Agrarpolitik, die immer noch mehr als 40 % des europäischen Haushalts ausmacht.

Und selbst wenn sich das Parlament immer stärker in politische Entscheidungen einmischen sollte, fühlt sich der Bürger hierdurch nicht unbedingt besser vertreten, denn es fehlt an einer wahrnehmbaren Verbindung zwischen dem Parlament und seinen Abgeordneten auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite.

Parteien behindern bürgerschaftliche Partizipation

Die Bürger besitzen kaum reale Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen. Die indirekte Demokratie basiert auf der Rolle der politischen Parteien, die in der Theorie eine Verbindung zwischen dem Bürger und seiner Regierung herstellen.[10]

Jedoch ist es den Parteien nicht gelungen, die strukturellen Mängel der repräsentativen Demokratie zu beheben[11]; im Gegenteil: die Parteien haben die Mängel verschärft und stellen selbst einen Teil des Problems dar. Sie verringern in Wirklichkeit die bereits schwachen Partizipationschancen der Bürger, die so von allen wichtigen Entscheidungen praktisch ausgeschlossen sind. Die politischen Parteien sind der Krebsherd des Nepotismus, ihre Gier ist eine Ursache für Machenschaften, die öffentliche Gelder auf

2 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Neudruck der 2. Auflage, Aalen 1981, S. 27

3 Lukas Oberndorfer, Institutionen, Verfassung und Demokratie. Demos, wo bist du? In: Attac (Hg.), Das kritische EU-Buch, Warum wir ein anderes Europa brauchen.1. Aufl. Wien 2006, S. 40 ff.

4 Hans-Peter Papier, Reform an Haupt und Gliedern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.01.2003, S. 8

5 Süddeutsche Zeitung vom August 2006; s. auch http://focus.msn.de/politik/deutschland/urlaubsvorschlag_nid_33807.html abgerufen am 09. 09. 2006

6 Rat für nachhaltige Entwicklung, Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft, Berlin 2004, S. 15

7 Hirsch, Joachim, Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin 1998; Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert, Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt a.M. 1994; Hanne Weisensee, Demokratie, Staat und Gesellschaft in der Globalisierung, Baden-Baden 2005

8 Hans Herbert von Arnim, Das Europa-Komplott, 1. Aufl., München, Wien 2006, S. 57

9 Vgl. hierzu Armin von Bogdandy, Demokratie, Globalisierung, Zukunft des Völkerrechts – Eine Bestandsaufnahme, in: Hartmut Bauer/Peter M. Huber/ Karl-Peter Sommermann, Demokratie in Europa, Tübingen 2005, S. 225ff.

kriminelle Weise für eigene Zwecke „abzweigen". Beispiele hierfür sind die strafrechtlichen Verurteilungen von Politikern wegen Steuervergehen. Sie stellen nur die Spitze des Eisbergs dar und führen zu einem relativ schlechten Platz Deutschlands auf dem Korruptionsbarometer von *Transparency International*.[12]

Weniger als 1 % der Parteimitglieder können in Deutschland direkt an der Auswahl der Bundestagskandidaten teilnehmen. Und die von diesen Wenigen getroffene Entscheidung kann dann noch durch Interventionen der Parteivorstände abgeändert werden, wie es etwa bei der Aufstellung der sozialdemokratischen Kandidatenliste für das Europäische Parlament 2004 passierte: Man wollte deutlich mehr weibliche Kandidaten, also wurden diese gegenüber ihren männlichen Mitbewerbern „gepusht".[13]

Wird demnach die Auswahlprozedur von den Parteivorständen geleitet und überwacht, so bleibt der Normalbürger von diesem Verfahren vollkommen ausgeschlossen. Im Ergebnis entscheidet der Wahlbürger lediglich über die Verteilung von 10 % der Bundestagsmandate auf die Parteien, wobei nicht zu leugnen ist, dass diese Marge gleichwohl entscheidend für die spätere Abstimmung über den Bundeskanzler ist.

Die wahre Rolle der Parteien hat mit der Theorie nichts gemein: Sie sind in erster Linie Vehikel für eine politische Karriere und darüber hinaus für die Erlangung von wirtschaftlichen Positionen, die fachlich und sachlich nicht politisch legitimiert sind, lukrative Posten z. B. in den Aufsichtsräten der Sparkassen und öffentlicher Betriebe. Die Parteien benutzen diese Posten, um „verdiente" Mitglieder zu belohnen oder gescheiterte Mandatsträger mit einem Trostpflaster abzufinden.[14] Sie machen auf diese Weise in aller Selbstverständlichkeit Geschenke, die nicht sie selbst, sondern die Bürger zu bezahlen haben. Der öffentliche und halb-öffentliche Bereich wird so zu ihrem „Selbstbedienungsladen". Die Krise unserer Demokratie verlangt eine Rückbildung des Parteienstaates auf seine eigentlichen Funktionen, fordert der angesehene konservative Politiker und ehemalige Bundesverfassungsrichter Wolfgang Böckenförde.[15]

Zwischenbilanz

Eine erste Schlussfolgerung aus der Systemanalyse des parlamentarischen Systems ist nicht sehr überraschend, weil die Kritik am parlamentarischen System so alt ist wie es selbst. Bei der Betrachtung der Debatten zu Beginn des 20. Jahrhunderts fällt die Aktualität der Argumente auf und es ist schwierig, heutzutage – abgesehen von dem Globalisierungseffekt - noch einen neuen Gesichtspunkt beizutragen.

Robert Michels hatte bereits 1912 das ewige Gesetz der Hierarchie formuliert, welches demokratische Zustände in politischen Parteien verhindert.[16] Die Parteien stellen das zentrale Problem der parlamentarischen Demokratie dar. Veränderungsvorschläge müssen deshalb darauf abzielen, den Parteieneinfluss zu reduzieren. Nach allen Meinungsumfragen wird dieses Ziel von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland, aber auch im Ausland, getragen.

Die erste Schlussfolgerung lautet : Die parlamentarische Demokratie erfüllt nicht mehr ihre formellen und materiellen Funktionen. Die Parlamente sind nicht in der Lage, auf die essenziellen und relevanten gesellschaftlichen Fragen eine Antwort zu geben. Die parlamentarische Demokratie versagt angesichts der Grundfragen unserer Gesellschaft. Dieser Standpunkt wird von vielen Wissenschaftlern geteilt, darunter *Carl Schmitt, Hans Kelsen* und *Max Weber,* die ganz verschiedenen politikwissenschaftlichen Schulen angehören. Ihre Lehren werden am Ende des 20. und am Anfang der 21. Jahrhundert von den gegenwärtigen Politikwissenschaftlern wieder aufgegriffen.

*Rudolf Wassermann (*1925)* spricht von der Frustration und Resignation der Bürger, ihrer politischen Unterforderung. Er bezeichnet unser System als eine „Zuschauerdemokratie", die Bürger selbst können am politischen Prozess nicht teilnehmen.[17]

Und 15 Jahre später geht *Hans Herbert von Arnim (* 1939)* noch weiter: Er behauptet, die Bundesrepublik Deutschland sei lediglich eine „Scheindemokratie."[18] Aus Enttäuschung über die Parteienpolitik weigere sich der Bürger zunehmend, an den Wahlspektakeln teilzunehmen. Die Wahlbeteiligung sinkt, der Bürger wird apolitisch.

Im Hinblick auf die Globalisierung analysieren *Joachim Hirsch* ein „Leerlaufen demokratischer Entscheidungsprozesse", *Jochen Hippler* eine „Demokratisierung der Machtlosigkeit", welche eine grundsätzliche Reformulierung der Prinzipien von Repräsentation und Entscheidungsfindung notwendig mache.[19] Nach *Jean-Marie Guéhenno* erleben wir das „Ende der Demokratie".[20] Nur eine Revolution – allerdings ausschließlich geistiger Natur – kann uns aus dieser Lage befreien.[21]

Wie können wir Abhilfe schaffen?

Von dem Standpunkt aus betrachtet, dass ein politisches System nachhaltig sein soll, ist die aktuelle Situation höchst unbefriedigend. Inhaltlich bedeutet politische Nachhaltigkeit, dass die Entscheidungsoptionen auf sozialem, ökonomischem und ökologischen Gebiet nicht abnehmen. Wir haben oben festgestellt, dass das in Deutschland gegenwärtig erlittene System der parlamentarischen Demokratie seine materielle Funktion nicht wahrnimmt, weil die dringenden gesellschaftspolitischen Fragen nicht

10 So z.B. Hans-Peter Sommermann, Demokratiekonzepte im Vergleich, in: Bauer/Huber/Sommermann, Demokratie in Europa, Tübingen 2005, S. 209
11 Wie Gerhard Leibholz anfangs gehofft hat, G. Leibholz, Parteienstaat und repräsentative Demokratie, Deutsches Verwaltungsblatt 1966, p. 1
12 www. globalcorruptionreport.org/
13 Hans Herbert von Arnim, Das Europa-Komplott, S. 252 ff.
14 Max Weber, Staatssoziologie, p. 86 et 94
15 Wolfgang Böckenförde in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14.02.2000
16 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens, Nachdruck 1989
17 Rudolf Wassermann, Die Zuschauerdemokratie, Düsseldorf 1985
18 Herbert von Arnim, Vom schönen Schein der Demokratie, München 2000
19 Hirsch, Joachim, Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin 1998; Jochen Hippler (Hg.), Demokratisierung der Machtlosigkeit, Hamburg 1994
20 Jean-Marie Guéhenno, Das Ende der Demokratie, München 1994
21 Dortselbst S. 178

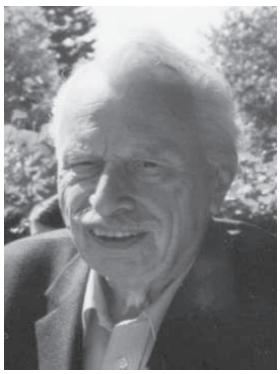
gelöst, sondern vertagt werden mit der Folge, dass sich die Optionen kontinuierlich reduzieren.
Eine weitere Bedingung politischer Nachhaltigkeit ist, dass der Bürger mit diesem System zufrieden ist. Auf 83 % der Bundesbürger trifft dies nach einer Umfrage nicht zu.[22] Bei einer derart großen Unzufriedenheit darf man nicht einfach abwarten, dass sich die Zeiten zum Besseren ändern.[23] Die Politik muss selbst reagieren, um die Spannungen zu mildern, die aus demokratischer Frustration herrühren, wie sie uns geläufig sind aus sinkender Wahlbeteiligung, Protststimmen, gescheiterten Referenden über den EU-Verfassungsvertrag und Massenprotesten gegen G-8-Treffen. Ansonsten wird das Maß demokratischer Frustration und deren Folge, allgemeine politische Abstinenz, weiter anwachsen. Nicht politische Extremisten, sondern um die politische Entwicklung besorgte Wissenschaftler rufen heute dazu auf, auf die Barrikaden zu gehen, Bürgerkomitees zu gründen und demokratische Entscheidungsräume zurückzuerobern.
Die Reformvorschläge lassen sich in drei Kategorien unterteilen :

■ die Einführung, Verbesserung oder Erweiterung direktdemokratischer Elemente,
■ die Verbesserung der Institutionen und Verfahren der indirekten Demokratie,
■ die Rückkehr zu Elementen der klassischen Demokratie.

I. Vorschläge für direktdemokratische Reformen

Die Vorschläge, die auf Reformen zur Einführung, Verbesserung und Erweiterung von Elementen direkter Demokratie abzielen, um den Einfluss der Bürger auf politische Entscheidungen zu erhöhen, sind nicht neu. Dazu gehören:

■ Die Einführung eines **Referendums auf Bundesebene**.[24] Von der Annäherung des politischen Systems an dasjenige der Schweiz erhofft man sich, dass die Bürger sich wieder stärker mit dem politischen System in Deutschland identifizieren und ihre Zufriedenheit mit den allgemeinen politischen Verhältnissen wieder zunimmt.
■ Die Definition von Lebensbereichen, die die betroffenen Bürger autonom oder durch Mitbestimmung regeln dürfen. Es handelt sich um Bereiche, welche die Bürger direkt angehen: Kindergarten, Schulen, Hochschulen und Arbeitswelt.[25]
■ Die Einrichtung von **Planungszellen**, um neue Beteiligungsmöglichkeiten bei lokalen und regionalen Projekten zu schaffen.[26]
■ Der Aufbau **elektronischer Bürgerforen**, die politische Partizipation im Sinne von intensiver Diskussion und Entscheidungsvorbereitung erleichtert und ausbaut.[27]
Bürgernetze zur Diskussion politischer Fragen besitzen eine realistische Chance, zumal sie ja selbst von etablierten Politikern der repräsentativen Demokratie wie Otto Schily befürwortet werden. Allerdings wird stets auch die Grenze gezogen: Diskussion ja – Entscheidung nein! Die Furcht der Repräsentanten vor den Repräsentierten wird bei diesem Beispiel besonders deutlich.
■ Unterstützung neuerer außerparlamentarischer Initiativen wie Attac. Auf diesen Faktor setzen Kritiker wie *Joachim Hirsch*.[28] Zweifellos gelingt es diesen Bewegungen, beachtlichen Druck gegen die Macht der Politiker aufzubauen, etwa bei den G-8 Gipfeln. Die Frage an die neuen „demokratischen" Bewegungen, woher sie ihre politische Legitimation ableiten, ist bislang nicht beantwortet. Wie könnte es Sinn machen, eine schlecht legitimierte Institution gegen eine gar nicht legitimierte Bewegung auszuwechseln?



Prof. Peter Dienel, Erfinder der Beteiligungsmethode Planungszelle

Die Einführung einiger direktdemokratischer Elemente reicht nicht aus

Man muss bei allen Bedenken im Einzelfall zugeben, dass die Auflockerung der indirekten Demokratie mit direktdemokratischen Elementen positive und bereichernde Wirkungen entfalten kann. Es ist auch glaubhaft, dass diese Erweiterung des demokratischen Systems zur höheren Zufriedenheit der Bürger beitragen wird.
Aber ich bezweifle, dass eine Reform, die sich auf die Einführung einiger direktdemokratischer Elemente beschränkt, ausreicht, um die offenkundigen Schwächen des Parlamentarismus zu heilen. All diese Vorschläge leiden an einem Nachteil: Die direkte Demokratie besitzt ebenfalls gravierende Schwächen, die in der wissenschaftlichen Literatur behandelt werden: *Kenneth Arrow*[29] und *Amartya Sen*[30] beschreiben z. B. die Manipulationsmöglichkeiten, durch welche der Bürgerwille verfälscht wird. Der Preis für eine Demokratie nach Schweizer Vorbild wird mit einer enormen politischen Immobilität bezahlt. Schließlich bleiben auch ethische Grundfragen und solche der Minderheitsrechte unbeantwortet, die sich eben nicht durch einfache Mehrheitsentscheidungen lösen lassen.[31]

II. Vorschläge zur Verbesserung der Institutionen der indirekten Demokratie

Um die Unzulänglichkeiten der indirekten Demokratie zu mildern, muss das parlamentarische System unmittelbar verändert werden. Nur so kann eine Entwicklung gebremst werden, die angesichts der allgegenwärtigen Defizite über kurz oder lang in einer generellen Delegitimation der parlamentarischen Demokratie münden wird.
Von den verschiedenen Reformvorschlägen[32] seien hier folgende genannt:

■ **Definition einer Mindestqualifikation für Abgeordnete.** Dieser Vorschlag zielt auf besser vorgebildete Abgeordnete und damit eine Steigerung ihrer Fähigkeit ab, die gesellschaftlichen Probleme zu analysieren und zu lösen. Aber die Einführung eines Politikexamens als Voraussetzung für den Politikerberuf ist nicht zu verein-

22 http://www.transparency.de/ 09 juin 2005
23 Dennoch wird diese Lösung von der konservativen Gruppe im Europäischen Parlament vorgeschlagen, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9.Juni 2005, S. 1
24 Vorschlag geht zu-rück auf Hans Kel-sen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, S. 38
25 Vgl. Michael Bürsch, Leitbild Lebendige Bürgerschaft, in Friedrich-Ebert-Stftung, Dokument 01 der Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft", Berlin 2006
26 Vgl. den Vorschlag von Peter C. Dienel, Die Planungszelle, 2002
27 Vgl. Otto Schily, Moderner Staat mit E-Government. Demokratie des digitalen Zeitalters bietet wieder mehr Möglichkeiten der Teilhabe. In FAZ vom 20.03.2001.
28 Christoph Görg/ Joachim Hirsch, Chancen für eine internationale Demokratie? In: Das Argument Nr. 225, S. 391
29 Kenneth Arrow, The rational foundations of economic behaviour, 1999
30 Amartya Sen, Rationality and Freedom, 2002
31 Silvio Borner, Irren ist populär, Weltwoche 2004, N° 44, p. 70
32 Zum Beispiel Hanno Kube, Zehn Thesen für Demokratie und Reformfähigkeit in Deutschland, Zeitschrift für Rechtspolitik 2004, p.52 , der die traditionellen Reformvorschläge zusammengetragen hat.

baren mit dem Gleichheitsgrundsatz in Bezug auf den Zugang zum Mandat und das Wahlrecht.

■ **Einführung des US-amerikanischen Systems der «*primaries*»:** Diese Reform würde den Einfluss der Bürger auf die Auswahl der Abgeordnetenkandidaten erheblich verbessern. Die Politik der verschlossenen Türen wäre für dieses wichtige Element des Wahlverfahrens beendet.

■ **Begrenzung des Mandats auf maximal zwei Wahlperioden.** Wie das Beispiel der Grünen Partei in Deutschland belegt, kann dieses Reformelement auf der Basis des geltenden Verfassungsrechts verwirklicht werden. Doch zeigt dieses Beispiel zugleich, dass nur eine obligatorische Lösung, die alle Parteien und Mandatsträger betrifft, nachhaltig ist. Die Erfahrungen mit diesem Reformelement sind positiv – z. B. mit der Amtszeit des US-amerikanischen Präsidenten. Die Lebensweisheit, dass niemand unersetzlich ist, gilt auch für die Politik. Die Erfahrung lehrt, dass die Einführung dieses Elementes von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung begleitet werden sollen. Denn wer sich nicht mehr zur Wahl stellt, könnte in seiner letzten Amtsperiode dazu neigen, sämtliche - auch illegale - Vorteile auszuschöpfen, die sich ihm aus seiner Position eröffnen. Denn eine „Abstrafung" seitens seiner Wählerschaft hätte er nicht zu befürchten.

■ **Neue Wahlsysteme: Kumulieren und Panaschieren der Stimmen.** Auf der Landesebene bestehen bereits positive und vielversprechende Erfahrungen mit dem Panaschieren und Kumulieren von Stimmen. Das Wahlverfahren wird zwar komplizierter, aber diese Schwierigkeiten lassen sich beherrschen.

■ **Neue Wahlsysteme: listenloses Proportionalwahlsystem.** Aus Anlass eines den Wählerwillen krass verfälschenden Wahlsystems wurde in British Columbia das System eines „listenlosen Proportionalwahlsystems" eingeführt.[33] Danach gibt jeder Wähler nur eine Stimme ab, jedoch besitzt er zusätzlich die Option, eine Reihung der Kandidaten nach seiner Präferenz vorzunehmen. Wenn der Kandidat erster Präferenz nicht zum Zuge kommt, fällt die Wählerstimme dem zweitplazierten oder ggf. dem drittplatzierten Kandidaten zu. Auf diese Weise geht keine Stimme verloren, so wie es für das Mehrheitswahlrecht typisch ist aber auch für Wahlsysteme, die ein Mindestquorum für Listen vorschreiben (z.B. 5 % Klausel in Deutschland).
Daneben treten noch andere Effekte ein, die nach meiner Analyse höchst erwünscht sind:

- ☐ Die Kontrolle der Parteien über die Auswahl der Kandidaten wird reduziert.
- ☐ Sichere Wahlkreise im hergebrachten Sinne gibt es nicht mehr, da die Wähler zwischen den verschiedenen Kandidaten einer Partei auswählen können und schlechter platzierte, wie beim Kumulieren, bevorzugen können.
- ☐ In einem offenen Wettbewerb kandidieren Mitglieder derselben Partei gegeneinander. Sie besitzen ein Interesse daran, sich voneinander abzugrenzen. Dadurch erhöht sich die Differenziertheit des Erscheinungsbildes der Parteien, auf der anderen Seite sinkt der innerparteiliche Zusammenhalt. Die „Parteidisziplin" ist weniger wichtig für den Wahlerfolg als eine wählernahe Politik des Abgeordneten.
- ☐ Unabhängige Kandidaten erhalten eine reale Chance, sich gegen Parteikandidaten durchzusetzen.

■ **Beendigung der Vergabe öffentlicher Ämter und von Wirtschaftsposten durch politische Parteien.** Das Abschieben verdienter oder gescheiterter Politiker auf lukrative Posten, z. B. bei öffentlichen Betrieben, Banken und Sparkassen ist ein Ärgernis erster Qualität, worauf der angesehene frühere Bundesverfassungsrichter Wolfgang Böckenförde zu Recht hinweist. Er empört sich darüber, dass die Parteien den Postenschacher quasi als ihr natürliches Recht betrachten. Er hält dagegen, dass die Parteien auf die Rolle zu reduzieren sind, die ihnen aufgrund des Art. 21 des Grundgesetzes zukommt: Die Teilnahme an der politischen Willensbildung des Volkes, nicht mehr und nicht weniger.[34]

■ **Weiter existieren Vorschläge für den Aufbau einer E-Demokratie**.[35] Es geht in erster Linie darum, das Wahlverfahren bequemer zu gestalten, indem dem Wähler ermöglicht wird, von zu Hause aus an der Wahl teilzunehmen. Es mag sein, das dem einen oder anderen der Weg zum Wahllokal zu unbequem ist. Ein zentrales Problem kann hierdurch nicht gelöst werden, da das Wahllokal in aller Regel in einem bequemen Spaziergang erreicht werden kann. Außerdem scheint mir, dass dem bestehenden Demokratiesystem ein weiteres Symbol der Volkssouveränität genommen wird: Der Wahlakt ist ein Teilhabeakt, der an einem Tag bzw. innerhalb einer begrenzten Frist kollektiv wahrgenommen wird. Der Besuch des Wahllokals symbolisiert den Akt der Befreiung des Bürgers von der Adelsherrschaft. Indem der Wahlakt in den privaten Raum verlagert wird, realisiert sich eine weitere Entsolidarisierung der Bürgerschaft. Ich glaube dass das Gegenteil einer Privatisierung des politischen Raums erforderlich ist: ein Ausbau der Möglichkeiten für solidarisches bürgerschaftliches Verhalten.

Dezentralisierung und Partizipation

Dezentralisierung unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips ist ein Organisationsprinzip, das eine Verstärkung der lokalen und regionalen politischen Partizipation bewirken kann. Im Ausbau dezentralisierter Zuständigkeiten in Kombination mit partizipativer Selbstorganisation besteht eine echte Verbesserungsmöglichkeit für demokratische Systeme. Für eine Reihe von Kritikern des gegenwärtig existierenden Parlamentarismus sollen deshalb die aktuellen Probleme und Gefährdungen durch ein politisch-administratives System der Devolution gelöst werden.[36]
Dabei muss aber auch die Gefahr gesehen werden, dass lokale Eliten einen erheblichen Hemmfaktor für die Realisierung demokratischer Verhältnisse darstellen können.[37] Auch Gemeinderäte können parteipolitisch gesteuert sein,

33 Vgl. Wolfgang Renzsch, Neue Verfahren der politischen Entscheidungsfindung: Citizens' Assembly, Europäischer Konvent, Bundesstaatskommission – British Columbia, Europäische Union, Deutschland. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Jahrbuch des Föderalismus Baden-Baden 2006, S. 102 (105 f.)

34 Wolfgang Böckenförde, Die Krise unserer Demokratie verlangt eine Rückbildung des Parteienstaates, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Februar 2000

35 Andreas Bauer, E-Demokratie – neue Bürgernähe oder virtuelle Luftblase? Olaf Winkel, Zukunftsperspektive Electronic Government. Norbert Kersting, Online-Wahlen im internationalen Vergleich. Sämtlich in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B18/2004 vom 26.04.2004

36 Jean-Marie Guéhenno, From territorial Communities to Communities of Choice: Implications for Democracy. In: Wolfgang Streeck (Hg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frank-furt am Main, New York 1998, S. 137 - 150

Bürgermeister können Entscheidungsmonopole installieren und den Betroffenen, z.B. dem Elternrat eines Kindergartens, dem Aufsichtsgremium eines gemeinnützigen Krankenhauses, dem Elternbeirat einer Schule Entscheidungskompetenzen entziehen. All dies geschähe im Namen der Demokratie, da Gemeinderat und Bürgermeister gewählte Repräsentanten der lokalen Bürgerschaft sind.
Ich plädiere dafür, das Subsidiaritätsprinzip nicht nur im Munde zu führen sondern auch im lokalen Kontext anzuwenden. Das bedeutet, dass vor einem Zugriff demokratischer Repräsentanten auf eine Entscheidungsmaterie zu überlegen ist, ob die Betroffenen ihre Angelegenheiten nicht selbst regeln können. Erst die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips führt zu einer neuen Qualität dezentraler Demokratie. Lokale Demokratie setzt ferner voraus, dass Zuständigkeiten und Finanzmittel auf die lokale Ebene konzentriert werden, sonst ändert sich auch nichts an den demokratischen Defiziten auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene.

III. Paradigmenwechsel durch Verfahren der klassischen Demokratie

Warum sollte nicht die Geschichte der Demokratie Anregungen für eine Erneuerung unseres politischen Systems bereithalten?[38] Das politische Spiel um Macht und seine Begrenzung war auch der Antike geläufig und es wäre eine Form von wissenschaftlicher Arroganz solche Lösungen ungeprüft kategorisch auszuschließen. Wenn das System der repräsentativen Demokratie von Grund auf neu gedacht werden muss, geht kein Weg daran vorbei, sich auf neue und originelle Ideen einzulassen, die sich grundsätzlich von traditionellen Modellen erheblich unterscheiden. Dabei wäre es ein Fehler, sich von vornherein Denkverbote aufzuerlegen. Es wird um Vorschläge gehen, die zweifellos noch im Detail auszuarbeiten sind; deshalb beschränke ich mich darauf, den Kern der Vorschläge darzustellen.

Ergänzung des Wahlrechts durch Scherbengericht?

In unserer von Medien bestimmten Welt kann man sich vorstellen, dass die Möglichkeit, eine politische Karriere zu beenden, nicht nur auf die Bürger, sondern auch für die Medien große Anziehungskraft ausübt. Letztere hätten ein interessantes Aktionsfeld auf dem Gebiet der Unterhaltung und könnten ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss ausbauen. Natürlich wäre es immer um ein Vielfaches leichter, negative Entscheidungen herbeizuführen als positive Ideen zu verwirklichen. Nur in einem autoritären Regime würde dieses Verfahren eine Möglichkeit eröffnen, den Einfluss der politischen Führung zu limitieren. Ein demokratisches System würde dagegen von der Möglichkeit, ein Scherbengericht abzuhalten, eher beschädigt und unter der Diktatur der Medien leiden. Eine zeitliche Begrenzung politischer Mandate wäre gegenüber diesem Vorschlag bei weitem vorzuziehen. Die Vorstellung von einem Fernsehpublikum, das durch Knopfdruck politische Karrieren beendet, wäre beängstigend.

Auswahl der Volksvertreter durch Losentscheid?

Dieser Vorschlag zeichnet sich durch erheblich größere Weisheit aus, als der moderne Bürger vermutet. Diese Idee wurde in der attischen Demokratie praktiziert - und zwar in der Zeit unmittelbar nach der Abschaffung der Adelsherrschaft. Das Losverfahren sollte sicherstellen, dass die alte Adelsklasse nicht wieder an die Macht gelangte. Auf gleiche Weise würde sich dieses Verfahren eignen, die Vorherrschaft der politischen Parteien zu brechen.
Wahlverfahren und Wahlen können wie oben beschrieben von einer Elite, einer Oligarchie oder von Medien manipuliert werden. Das Zufallsprinzip schließt jegliche Manipulation aus. Die Bürger Athens haben dieses Verfahren als Kern wahrer Demokratie betrachtet.
Dieses System existiert noch heute in verschiedenen Auswahlverfahren, z.B. der Wahl der Laienrichter in Deutschland und anderen Staaten. Dieses demokratische Verfahren erlaubt eine perfektere soziale Repräsentation, als sie durch die Intervention der politischen Parteien möglich ist. Außerdem verwirklicht es in idealer Weise das Gleichheitsprinzip, das am Ursprung der demokratischen Idee steht.
Ein interessantes aktuelles Anwendungsbeispiel wird aus der kanadischen Provinz *British Columbia* berichtet. Dort hatte das Mehrheitswahlrecht zu gravierenden Verzerrungen geführt, die das Wahlergebnis auf den Kopf stellten. 1996 hatte die *New Democratic Party* 39,5 % der Stimmen und 39 Sitze im Provinzparlament erhalten. Der eigentliche Wahlsieger, die Liberal Party, hatte dagegen 41,8 % der Stimmen, aber nur 33 Sitze bekommen und fand sich in der Opposition wieder. Die von den Bürgern verlangte Wahlrechtsreform sollte von einer Bürgerversammlung erarbeitet werden, die nur diese einzige Aufgabe besaß.
Unter den Kriterien von Geschlecht, Alter und Geographie sollte die Bevölkerung repräsentativ vertreten sein. Dazu wurde zunächst die Entscheidung getroffen, dass jeder der 79 Wahlkreise durch einen Mann und eine Frau vertreten sein sollte.[39] Als zweiter Schritt wurden nach dem Zufallsprinzip aus der Wählerliste der Provinz *British Columbia* 15.800 Personen ausgelost. Nachdem diese befragt wurden, ob sie bereit seien, in der Bürgerversammlung mitzuarbeiten, blieben ca. 10 % übrig. Aus diesem Personenkreis wurden danach 158 Mitglieder der Bürgerversammlung nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Ob diese Entscheidung per Los oder per Stimmzettel getroffen wurde, sagt der Bericht nicht. Allerdings wäre eine Losentscheidung durchaus konsequent gewesen. Der Vorschlag der *Assembly* zur Wahlrechtsreform wurde durch ein Referendum abgestimmt und angenommen.
Dieses Beispiel belegt, dass auch in der modernen Demokratie Repräsentativversammlungen durch Losentscheid bestimmt werden können, und zwar ganz besonders gut, wenn in einer kritischen Situation eine besondere politische Legitimation erforderlich ist. Das Losverfahren ist praktikabel, die so gebildete Versammlung ist entschei-

37 Vgl. z.B. Arthur Benz, Föderalismus und Demokratie, polis-Arbeitspapiere aus der FernUniversität Hagen 57/2003, 2003
38 Beschreibung dieser demokratischen Verfahren bei Jochen Bleicken, Die athenische Demokratie, Paderborn 1991
39 Vgl. zu dem Beispielsfall: Wolfgang Renzsch, Neue Verfahren der politischen Entscheidungsfindung: Citizens' Assembly, Europäischer Konvent, Bundesstaatskommission – British Columbia, Europäische Union, Deutschland. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Jahrbuch des Föderalismus Baden-Baden 2006, S. 102 (105 f.)

dungsfähig und ihre Vorschläge sind konsensfähig. Der Ausschluss der Parteien wirkt sich nicht negativ aus, weil es der Versammlung an Sachverstand fehlte, sondern bewirkte im Gegenteil eine bessere Akzeptanz des Entscheidungsvorschlags. Im Ergebnis bedeutet das, dass es sachliche Einwände gegen das Losverfahren nicht gibt.

An dieser Stelle möchte ich abbrechen. Denn ich wollte nicht mehr als ein neues Element in die Debatte über eine bessere Demokratie einbringen, eine Debatte, die weitgehend steril geworden ist.

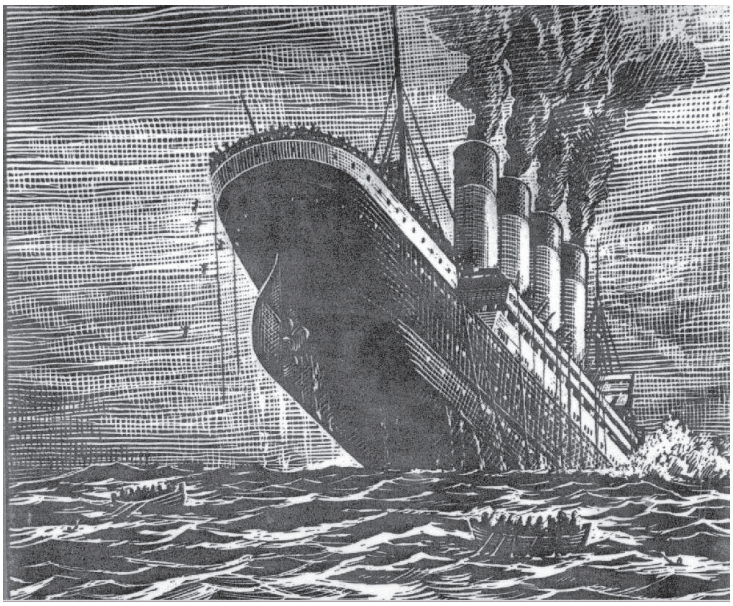
Veränderung kommt nicht über Parteien

Es gibt überhaupt keine Hoffung, dass die politischen Parteien von sich aus auch nur in bescheidenem Masse zur Lösung der Demokratiedefizite beitragen würden. Im Gegenteil ist zu vermuten, dass die traditionelle politische Klasse ihre Kraft und Macht nutzen wird, um sich gegen jegliche Veränderung zu stemmen.
Die Parteien werden alles tun, um ihren beherrschenden Einfluss in der Politik zu erhalten, und alles vermeiden, was ihre aktuelle Rolle schmälern könnte. Bereits dass sie sich auf ihre verfassungsmäßige Rolle beschränken würden, wäre zu viel erhofft. So sind die Vorschläge der Bürgerversammlung von *British Columbia* von den Parteienvertretern rundweg abgelehnt worden. Obwohl in 77 von 79 Wahlkreisen der Vorschlag eines listenlosen Proportionalwahlsystems eine absolute Mehrheit im Referendum fand, weigerte sich die Provinzregierung, das neue Wahlrecht in Kraft zu setzen. Sie berief sich darauf, dass „nur" 57,7 % der Wähler für die Reform gestimmt hatten und somit das erforderliche (zu hohe) Quorum von 60 % knapp verfehlt wurde. Wir lernen daraus, dass politische Parteien ihre Position gegen die Bürger mit Zähnen und Klauen verteidigen und die Sprüche von Bürgerorientierung der Parteien nicht ernst gemeint sind.
Eine Reaktion auf die nicht zu leugnenden Demokratiedefizite ist, das demokratische Prinzip schlichtweg „umzuinterpretieren", so dass es nur noch am Rande mit Bürgerbeteiligung zu tun hat. Entsprechend interessenorientierte Wissenschaftler unterscheiden zwischen der „Input"- bzw. „Output-Orientierung" demokratischer Systeme[40]. Input ist die Partizipation der Bürger, Output die Kontrolle der politischen Macht. Zwar existiert ein Zusammenhang zwischen Demokratie und den Grundrechten, insbesondere zu den Teilhaberechten wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Diese auf Kontrolle der Herrschenden ausgerichteten Grundfreiheiten, also „output-orientierte" Instrumente, stellen angeblich die Zukunft der Demokratie dar, während eine echte Partizipation ohnehin eine Illusion und nicht erreichbar sei.[41]
In Wahrheit gibt es also keine realistische Hoffnung auf eine mehr als marginale Veränderung des politischen Systems in Richtung von mehr Partizipation. Vielleicht werden tatsächlich einige Elemente direkter Demokratie auf nationaler Ebene eingeführt. Aber das ändert nicht den Kern des Problems: Die Isolation der politischen Klasse vom Volk, das sie eigentlich vertreten soll. In Zukunft wird sich die Politik noch mehr abschotten von ihren Wäh-lern, deren Frustration und Entpolitisierung zunimmt. Nur die Macht der Medien – insbesondere der Skandalpresse – wird wachsen, quasi als Ersatzdemokratie.

Eine beruhigende Perspektive?

Ich möchte Arthur Benz zustimmen, der zu dem Schluss kommt, die Demokratie müsse wegen der Notwendigkeit der Organisation von Herrschaft jenseits des Nationalstaats neu erfunden werden.[42] Ich verstehe das Argument der Entstaatlichung, jedoch besteht nicht erst seit der Globalisierung und Europäisierung der Erneuerungsbedarf. Unser parlamentarisches System ist vor etwa 250 Jahren erfunden worden, es trifft nicht mehr unsere gesellschaftliche Wirklichkeit, und es muss deshalb ersetzt werden durch angepasstere Lösungen. Aber ich möchte meine Skepsis nicht verhehlen, das dies auch gelingen könnte.
Ich möchte mit einem Bild schließen, das die Hoffnungen auf eine entwickelte Demokratie aufrechterhält, obwohl große Zweifel an den demokratischen Institutionen nagen. Das Bild wurde von *Hans Kelsen* im Angesicht der drohenden Hitler-Diktatur gezeichnet. Natürlich stehen wir heute nicht vor einer gleichwertigen Gefährdung der demokratischen Ordnung wie 1933. Aber die Entleerung der Demokratie, ihre Entwicklung zu einer formalen Hülse, die Entfremdung der politischen Klasse vom Volk, die Entpolitisierung des öffentlichen Raums, die durch Globalisierung entschwindenden Entscheidungsmöglichkeiten, die Politikverdrossenheit der Bürger und die undemokratischen Praktiken der politischen Parteien sind Bestandteile einer Wirklichkeit, die demokratische Ansprüche immer weniger einlösen kann. Insoweit ist die Verwendung eines Bildes über das drohende Scheitern der Demokratie tatsächlich passend:

„Man muss seiner Fahne treu bleiben, auch wenn das Schiff sinkt; und kann in die Tiefe nur die Hoffnung mitnehmen, dass das Ideal jeder Freiheit unzerstörbar ist und dass es, je tiefer es gesunken, um so leidenschaftlicher wieder aufleben wird."[43]



40 Zur Begriffsbildung vergleiche David Easton, A Systems Analysis of Political Life, New York 1965
41 G. Teubner, Globale Zivilverfassungen: Alternativen zur staatszentrierten Verfassungstheorie, ZaöRV 63 (2003), S.1,. 4 f.
42 Arthur Benz, Politikwissenschaftliche Diskurse über demokratisches Regieren im Europäischen Mehrebenensystem, in: Hartmut Bauer/Peter M. Huber/ Karl-Peter Sommermann, Demokratie in Europa, Tübingen 2005, S. 251, 279
43 Hans Kelsen, Verteidigung der Demokratie, Nachdruck Tübingen 2006, S. 237

Franz Thedieck ist Professor für Rechtswissenschaften an der Fachhochschule Kehl

Gibt es eine Alternative zur undemokratischen EU?

VON GERALD HÄFNER, MÜNCHEN

Die EU wurde ganz sicher zu anderen Zwecken gegründet. Und sie hat auch heute andere Ziele. Aber sie erweist sich - gewollt oder nicht – als eine Organisation, die die Demokratie zum Verschwinden bringt.In eigentlich allen Mitgliedsstaaten der EU haben sich die Bürger – oftmals in schweren Kämpfen - ein bedeutendes, wenn auch noch nicht ausreichendes Maß an Demokratie, Souveränität und Beteiligungsformen ertrotzt. Manche haben dafür einen hohen Preis bezahlt. Das ist etwas vom Wertvollsten, das wir von unseren Vorfahren übernommen haben – und kein Erbe, das man leichtfertig verspielen darf. Dennoch sind wir dabei, es zu verspielen. Die Demokratie in Deutschland geht nach und nach verloren. Das gilt, nebenbei, keineswegs nur für unser Land. Doch fast niemand wehrt sich. Warum?

Gründe für den Demokratieverlust

Der Demokratieverlust hat nicht nur einen, sondern viele Gründe. Nicht wenige davon liegen im Land selbst, andere in der aktuell weltweiten Dominanz der Ökonomie über die Po-litik. Aber den mit Abstand größten Demokratieverlust verursacht derzeit die EU in ihrer jetzigen Form. Denn sie zieht permanent Kompetenzen von den Mitgliedsstaaten an sich. Der Grund hierfür ist strukturell angelegt – und daher nicht durch guten Willen und fromme Versprechungen von Politikerseite zu beheben. Der Kompetenz- und Demokratieverlust hat Methode und kann nur durch substanzielle Veränderungen der Verträge selbst gestoppt werden. Denn die Ebene zwischen Brüssel und Berlin (und den anderen Hauptstädten) ist nicht ausgeglichen, sondern schief. Und auf dieser schiefen Ebene rutscht beständig Gesetzgebungsmaterie wie der Schnee auf einem ungesichertem Hausdach nach unten. Nur dass es sich nicht schmelzender Schnee ist, der hier ins Rutschen kommt, sondern substanzielle politische Kompetenzen und demokratische Rechte. Durch die Frage eines Abgeordneten veranlasst, musste die Bundesregierung vor kurzem das mittlerweile erreichte Ausmaß der schon weggerutschten Materie in exakten Zahlen dokumentieren. Eine Gegenüberstellung der in Deutschland erlassenen oder geänderten Rechtsakte und der Zahl Rechtsakte der EU im Zeitraum von 1998 und 2004 ergab: 84% stammten aus Brüssel und nur 16% originär aus Berlin.
Wenn das hohe Maß der Kompetenzverlagerung nach Brüssel aufgewogen würde durch ein eben so hohes Maß an Transparenz, Demokratie und Beteiligung der Bürger bei den Entscheidungsprozessen der EU, dann läge darin – mit Ausnahme der Tatsache, dass Entscheidungen umso demokratischer und besser sind, je näher bei den Menschen sie erörtert und getroffen werden – vielleicht kein grundsätzliches Problem. Leider aber ist es anders.
Die Entscheidungsstrukturen sind undemokratisch und intransparent. Die Bürger sind ferne und ohnmächtige Zuschauer in einem für sie kaum durchschaubaren Verfahren. Nicht einmal den regelmäßig mit großem Aufwand von den Bürgern gewählten Abgeordneten geht es völlig anders. Das Parlament, das als einziges vom Volk direkt gewählt ist und daher in der Demokratie, in seiner Eigenschaft als Legislative, auch als einziges Gesetze erlassen oder ändern darf, darf genau dies auf EU-Ebene nicht. Die wesentlichen europäischen Legislativfunktionen liegen ausnahmslos in den Händen der Exekutive – der Staats- und Regierungschefs oder der Kommission.
Die Gewaltenteilung, für die es ja viele sehr gute Gründe gibt und für die viele Europäer in großen Revolutionen ihr Leben lassen mussten - wird hier täglich mit Füßen getreten. Es ist nicht gut, wenn die auf Erhalt und Mehrung ihre Macht erpichten Regierungen selbst auch die Gesetze geben. Genau dies aber ist in der EU selbstverständliches Prinzip geworden. Die nationalen Parlamente, die diese europäischen Rechtsakte dann in das Recht ihres Staates umsetzen, sind hierbei nicht frei. Sie haben keinen Einfluss auf Art und Inhalt dieser Rechtsakte. Eigentlich spielen sie hierbei nur Parlament, agieren tatsächlich aber eher wie ein gehobenes Notariat.

Geht das auch anders?

Muss das so bleiben? Ich meine: Nein. Auch wenn die EU weder ein eigenständiger Staat ist noch, wenn es nach uns geht, ein solcher werden soll, muß sie deshalb keineswegs eine weitgehend demokratiefreie Zone bleiben. Auch ein zwischenstaatliches Gebilde sui generis wie die EU lässt sich demokratisch gestalten.
Dies ist wichtig für uns Europäer, für jeden einzelnen von uns - weil wir sonst die in Generationen erkämpfte Souveränität und Demokratie auf dem Altar der gemeinsamen europäischen Politik wieder verlieren. Es ist zugleich von eminenter Bedeutung für alle Menschen und Völker dieser Erde. Denn die unbestreitbar wachsende Notwendigkeit, über die Nationalstaaten hinweg zu verbindlichen Rechtssetzungen zu kommen, würde anderenfalls mit dem globalen Verlust von Souveränität und Demokratie bezahlt. Gebraucht wird ein Konzept von Demokratie jenseits nationalstaatlicher Grenzen. Der erste und wichtigste Anwendungsfall hierfür ist die EU. Mehr Demokratie hat begonnen, an einem solchen Konzept zu arbeiten. Vor Weihnachten haben Thomas Deterding, Michael Efler, Roman Huber, Percy Vogel und ich uns getroffen und einen Vorschlag für eine deutlich demokratischere Union entworfen.
Noch ist dieser Vorschlag in der Diskussion. Zu einem offiziellen Mehr-Demokratie-Vorschlag kann er erst und nur werden, wenn Vorstand und Mitgliederversammlung dar-

über diskutiert und sich ihn zueigen gemacht haben. Aber einige Eckpunkte kann man jetzt schon andeuten.

■ Die EU soll und darf künftig ausschließlich tätig werden auf den ihr zugewiesenen Kompetenzgebieten. Ein entsprechender Kompetenzkatalog ist - gemäß dem Rechtsprinzip der begrenzten Einzelermächtigung - keine einseitig nach allen Seiten erweiterbare unverbindliche Zusammenstellung, sondern ein rechtsverbindliches Dokument. Wo die Union weitere Zuständigkeiten wahrnehmen möchte, bedarf dies eines verbindlichen Beschlusses ihrer Mitglieder. Die bisher betriebene Tendenz zur beständigen Kompetenzaneignung aufgrund von Generalklauseln, allgemein formulierten Zielen und Flexibilitäts- oder Querschnittsklauseln wird damit beendet, der fortwährenden Zentralisierung und Kompetenzanmaßung ein Riegel vorgeschoben.

■ Wo immer die EU legitime Rechtsetzungsbefugnisse hat, dürfen bindende Rechtsakte (in bisheriger Begrifflichkeit: Richtlinien und Verordnungen, nach der Terminologie des Verfassungsentwurfes: Gesetze) nur von den gewählten Vertretern der Bürger, das heißt vom Parlament beschlossen werde. Dieses erhält zugleich auch das ihm bisher vorenthaltene Haushalts- und Gesetzesinitiativrecht. So stärken wir die Legislative und schwächen die Exekutive bzw. reduzieren deren bisher überbordenden Machtanspruch auf den demokratiepolitisch berechtigten Anteil.

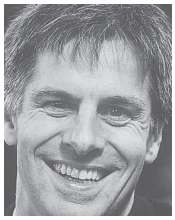
■ Die EU bedarf einer zweiten Kammer, die an der Gesetzgebung mitwirkt und deren vornehmliche Aufgabe die Wahrung des Demokratie- und Subsidiaritätsprinzips bei den Rechtsakten der Union ist.

Wir stehen nicht allein...

Der bisherige Verfassungsentwurf konnte und wollte das Demokratiedefizit der Europäischen Union nicht beheben. Hoffen wir daher, dass die politisch Verantwortlichen endlich die einzig mögliche Konsequenz aus der Ablehnung dieses Entwurfes und der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der mangelnden Demokratie in Europa ziehen und die Debatte über die politische Gestaltung und Finalität Europas neu aufnehmen. Ein neuer, von den Bürgern gewählter Konvent könnte dann Vorschläge für eine wirklich demokratisch verfasste Union der Völker und Bürger Europas entwickeln und allen Bürgern der EU zur Abstimmung vorlegen. So würde ein unglücklich begonnenes Vorhaben noch zu einem glücklichen Ende kommen.

Übrigens: Noch bevor wir die o.g. Vorschläge veröffentlichen konnten, hat der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog in einem umfangreichen Zeitungsartikel eine schonungslose Analyse der „intransparenten und undemokratischen" Union vorgelegt und Vorschläge für ein künftiges „bürgernahes Europa" gemacht, die denen von Mehr Demokratie e.V. in einzelnen Elementen sehr nahe sind.

Wir sind also nicht allein - und die Diskussion hat erst angefangen. Sie könnte noch spannend werden.



Gerald Häfner ist Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V.

Aktionsideen...

Seit dem Januar hat Deutschland die Ratspräsidentschaft der EU inne - und damit alle Chancen, etwas auf EU-Ebene zu bewegen. Doch offenbar soll der bisherige Verfassungsentwurf - trotz der ablehnenden Voten in Frankreich und den Niederlanden - durchgeboxt werden. Doch diese Rechnung darf nicht aufgehen. Die Verfassung wurde abgelehnt und ist damit de facto gestorben. Die Bürgerinnen und Bürger Europas wollen eine andere Verfassung. Deshalb fordert Mehr Demokratie einen neuen, demokratischen Verfassungsprozess unter einem demokratisch gewählten Konvent. Wir wollen Europa - aber nicht ohne seine Bürger. Daher nutzen wir die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, um mit Hilfe einer Kampagne unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Alte Verfassung abbauen, neue aufbauen!

Start dieser Kampagne ist der 7. März. Der Auftakt wird eine Aktion in Berlin sein, unter dem Motto „Europa - nicht ohne uns!". Zwei nebeneinander stehende Mauern werden bei dieser Aktion die zwei derzeit diskutierten EU-Verfassungen symbolisieren. „EU-Verfassung abgelehnt" prangt auf der einen Mauer. Sie wird von unseren Aktivisten mit einem Vorschlaghammer eingerissen, denn diese Verfassung wollen wir nicht. Die zweite Mauer symbolisiert eine demokratische Verfassung der Europäischen Union. Sie wird durch eine EU-weite Volksabstimmung von allen Völkern legitimiert. Mit ihrer Hilfe wird das EU-Parlament in seinen Rechten und Pflichten gestärkt. Sie stärkt die Gewaltenteilung auf EU-Ebene. Diese Aktion macht deutlich: Wir wollen keine alte, gescheiterte Verfassung, sondern eine neue demokratische Verfassung. *Wer sich aktiv an der Vorbereitung der Aktion beteiligen möchte, melde sich bitte bei Oliver Wiedmann im Berliner Büro unter der Telefonnummer: 030–42082370.*

„Abstimmung mit den Füßen"

Darüber hinaus sind auch dezentrale Aktionen geplant, die in allen MD-Landesverbänden aufgegriffen werden können. Zum einen wäre da die „Abstimmung mit den Füßen". In der Fußgängerzone werden zwei Tore aufgebaut, die jeweils die alte abgelehnte und die neue demokratische Verfassung symbolisieren. Nun werden die Passanten aufgefordert, sich ein Tor auszusuchen und abzustimmen, welche Verfassung ihnen die liebste ist. Natürlich muss jemand per Strichliste festhalten, wie viele Menschen durch welches Tor gehen. Das Abstimmungsergebnis kann den Medien vor Ort mitgeteilt werden. Um Passanten für das Thema zu sensibilisieren, werden diverse Materialen (Postkarte, Broschüre u.ä.) zur EU erstellt.

Schreiben Sie Angela Merkel!

Eine andere Aktion, die sich in Fußgängerzonen eignet, ist das „Schreibbüro EU-Verfassung". An einem Stand wird ein Schreibbüro mit ein bis drei Laptops (UMTS-card ist nötig) eingerichtet. Von diesem mobilen Büro aus können Passanten direkt eine Email an Angela Merkel schicken und ihre Meinung zur EU-Verfassung kundtun. *Wer eine dieser Aktionen in seinem Ländle oder seiner Stadt angehen möchte, wende sich bitte zur Koordination der Aktivitäten und für Materialanfragen an Roman Huber im Münchener Büro von Mehr Demokratie unter 089–8211774.*

TAGUNG

Europa - nicht ohne uns!

Konferenz über die Zukunft Europas

„Der Europäische Rat ruft die Entscheidungsträger der EU dazu auf, am 25. März 2007 in Berlin anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine politische Erklärung anzunehmen, in der die europäischen Werte und Bestrebungen dargelegt werden und in der bestätigt wird, dass sie sich gemeinsam verpflichten, die diesbezüglichen Erwartungen zu erfüllen."

Unglücklicherweise haben die Staatsoberhäupter und Regierungschefs, die sich in Berlin treffen werden, um sich selbst und die Europäische Union zu feiern, nicht genügend Interesse an den Werten, Bestrebungen und Erwartungen der europäischen Bürger gezeigt. 2005 gab es eine klare Zurückweisung des vorliegenden EU-Verfassungsvertrages durch die Franzosen und Niederländer. Darüber hinaus weisen Umfragen darauf hin, dass es in vielen anderen Staaten Mehrheiten gegen den Vertrag gibt. Es wäre ein ernster Fehler, mit dem Verfassungsvertrag, der so kräftig auf demokratischem Weg zurückgewiesen wurde, oder einem neuen Vertrag auf gleicher Basis weiter zu machen.

Um sicherzustellen, dass die EU-Verantwortlichen unsere Sorgen und Wünsche voll verstehen und Anstrengungen machen, dem Willen der Bürger Rechnung zu tragen, die sie vertreten sollen, werden wir vom 23. - 25. März 2007 in Berlin eine Konferenz über die Zukunft Europas durchführen. An Stelle einer elitären und glamourösen Feier der Vergangenheit ziehen wir es vor, uns den realen Problemen zu widmen: Wie können wir ein demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger schaffen? Wie können wir eine reale Subsidiarität, demokratische Kontrolle, Transparenz und direkte Bürgerbeteiligung erreichen und sichern? Während der Konferenz werden Vertreter der Zivilgesellschaft aus vielen Teilen Europas Wege aus der aktuellen Krise der Demokratie in Europa und seiner Verfasstheit vorstellen und beraten. In diesem Rahmen werden wir uns auf die Demokratie als den grundlegenden europäischen Wert konzentrieren, der die Aspekte der Freiheit, der Teilhabe und der Solidarität einschließt.

Die Resultate werden sich in unserer Berliner Erklärung niederschlagen. Begleitet durch eine symbolische Aktion werden wir dieses Manifest den europäischen Staats- und Regierungschefs und den nationalen Parlamenten übergeben, um sie mit unseren Forderungen zu konfrontieren.

Wir möchten, dass sie verstehen, dass ihr Herangehen an die demokratische Krise in der EU nicht hinreichend mit dem Willen, den Hoffnungen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger rechnet. Es kann keine weitere EU-Integration geben ohne die Zustimmung der EU-Bürger. Wenn diese Probleme nicht angepackt, diskutiert und ernsthaft und nachhaltig gelöst werden, werden immer mehr Menschen dem Projekt der Europäischen Union ihre Unterstützung versagen. Eine wachsende Zahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen macht geltend, dass die rechtlichen Strukturen der EU nur dann als legitimiert betrachtet werden können, wenn den Bürgerinnen und Bürgern eine wirkliche Möglichkeit gegeben wird, zu ihrer Zukunft in Europa konzeptionell beizutragen und über sie zu entscheiden.

Wir freuen uns auf die Teilnahme von NGOs, Bewegungen, Netzwerken und politischen Aktivisten aus allen Teilen Europas, die ein weites Spektrum von Gesichtspunkten einbringen werden, in denen sich die kulturelle und politische Vielfalt unseres Kontinents widerspiegelt. Und selbst wenn unsere Zielvorstellungen, wie die EU in 10 Jahren aussehen soll, unterschiedlich oder in einzelnen Punkten sogar gegensätzlich sein sollten: Wir alle werden darin übereinstimmen, dass wir nur durch Demokratie hoffen können, unser Ziel eines anderen und besseren Europa zu erreichen.

Die Einladung zu dieser Konferenz wurde von einem Vorbereitungskreise verfasst, dem Thomas Rupp (EUD - Allianz für ein Europa der Demokratien), Michael Efler und Thomas Deterding (Mehr Demokratie e.V.), Klaus Starke (Attac EU-AG Stuttgart) und Christoph Strawe (Initiative Netzwerk Dreigliederung) angehörten. In die Vorbereitungen war auch Thomas Wallgren aus Finnland einbezogen. Weitere Mitträger werden sich noch anschließen.

Freitag, 23. März 2007

15.00 - 16.00 Empfang

16.00 - 16.20 Begrüßung durch Gerald Häfner, Thomas Wallgren and Thomas Rupp

Das Demokratiedefizit

16.20 - 17.50

Warum die EU und die Verfassung undemokratisch sind (Michael Efler)

Die undemokratische Entstehungsgeschichte der EU-Verfassung (Gisela Stuart)

Warum die EU-Verfassung nicht gültig werden darf (Karl Albrecht Schachtschneider)

17.50 - 18.20 Pause

Kampagnen gegen die EU-Verfassung: Erfahrungen aus Frankreich und den Niederlanden

18.20 - 19.20

Schlussfolgerungen aus der European No Campaign (Thomas Rupp)

Berichte aus Frankreich und den Niederlanden:

Warum haben die Franzosen und Niederländer wirklich mit „Nein" gestimmt? Etienne Chouard FR)

Nicolas Dupont-Aignan (MP - UMP - FR, angefragt)

Harry van Bommel (MP - SP - NL, angefragt)

19.20 - 20.00 Pause

Come Together - Networking - Ausstellung

ab 20.00 Eröffnung der Ausstellung „Citizens Agenda" (Thomas Rupp/EUD)

Vorstellung der teilnehmenden Organisationen

Empfang mit Buffet und Konversation

Samstag, 24. März 2007

8.30 - 9.00 Ankunft, Kaffee

Die Europäische Union - Ziele, Chancen, Gefahren

9.00 - 10.00 Einleitung - Runder Tisch - Gespräch mit 5 Referenten

Patricia McKenna (angefragt), Maris Gulvis (angefragt), Hans Herbert von Arnim (angefragt), Tobias Pflüger (MEP), Susan George

Was sind die Chancen und Probleme der Europäischen Union? Was sollten ihre Ziele sein? Welche demokratischen Reformen sind nötig, um sie zum Erfolg zu führen?

Seminare zur Sammlung von Vorschlägen für eine demokratische Reform der EU

10.00 - 12.10 (mit jeweils zwanzig Minuten Pause)

Seminar 1: Echte Subsidiarität und Dezentralisation
Roman Huber und Reinald Eichholz

Was ist echte Subsidiarität? Wie kann sie eingeführt und aufrecht erhalten werden? Welche Probleme sollten von der EU gelöst werden, welche Kompetenzen sollten bei den Mitgliedsstaaten verbleiben? Welche Rolle spielen die nationalen Parlamente? Wie kann der Einfluss der Bürokratie reduziert werden?

Semiar 2: Wie die EU transparenter werden kann
Eric Wesselius und NN

Wie kann die EU-Kommission demokratisiert werden? Wie kann der Entscheidungsprozess in der EU transparenter werden? Wie kann der Lobbyismus in Brüssel kontrolliert werden? Wie kann der Zugang zu wichtigen Daten und Dokumenten gesichert werden?

Seminar 3: Institutionelle Reformen und demokratische Kontrolle Gerald Häfner und Andreas Wehr (angefr.)

Kann das bestehende EU-Modell reformiert werden? Wie sollten die Institutionen und Ihre Kompetenzen verändert werden? Mehrheitswahlrecht oder Einstimmigkeit? Warum brauchen wir neue Regeln für das demokratische Prozedere? Wie könnte der Entscheidungsprozess reformiert werden?

Seminar 4: Direkte Demokratie auf EU-Ebene
Juan-Carlos Garcia und Michael Efler

Was sind die Vor- und Nachteile direkter Demokratie (Initiative & Referendum) für die Politik der EU? Wie könnten diese Instrumente aussehen? Was wären die Folgen für die Entwicklung der EU?

Semiar 5: Wie kann man die Grundrechte schützen?
Christoph Strawe und Thomas Rupp

Ist die EU eine Hoffnung oder eine Gefahr für die Bürgerrechte, für soziale und demokratische Rechte? Wie können diese Rechte ausgeweitet und entwickelt werden? Brauchen wir eine Charta der Grundrechte? Sollte der Einfluss des Europäischen Gerichtshofs beschränkt werden?

12.10 - 12.30 Pause

12.30 - 13.30 Plenum

Berichte aus den Seminaren unter Berücksichtigung konkreter Nachfragen.

13.30 - 15.00 Mittagspause

Eine demokratische EU oder eine EU der Demokratien

15.00 - 16.30 Podiumsdiskussion (mit 4 Sprecher/innen) Thomas Wallgren und David Heathcoat-Amory

Was für eine Struktur sollte die EU haben? Flexible Kooperation, opt-out Modelle, regionale Kooperationen oder ein Europäischer Staat? Wie können wir die Demokratie schützen? Was sind die Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle?

16.30 - 17.00 Pause

Welcher Weg führt zum Europa der Bürger?

Vorschläge der Bürgergesellschaft, wie man die Demokratie- und Verfassungskrise in Europa überwinden kann

17.00 - 19.00 Runder Tisch - Gespräch mit 4 Referenten

Gerald Häfner (Mehr Demokratie); Klaus Starke, Herbert Schliffka (Bürgerkonvent), Susan George

Wie lässt sich die Demokratie- und Verfassungskrise lösen? Wie kann man die Bürger an der Zukunft Europas beteiligen? Z.B. direkt gewählter Verfassungskonvent / Bürgerkonvent / Alternative EU- Verfassung

19.00 - 20.00 Pause

20.00 - 22.00 Nachtcafé: Abendessen, Gespräche und kulturelle Beiträge (eher unterhaltsam als ernst)

Sonntag, 25. März 2007

9.30 - 10.30 **Diskussion und Verabschiedung der Berliner Erklärung**

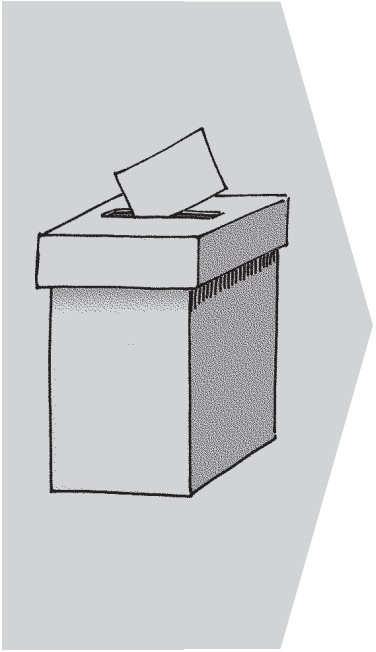
Öffentliche Veranstaltung in Berlin und offizielle Pressekonferenz

11.00 - 13.00 **Vorstellung unserer Forderungen vor dem Regierungstreffen und dem Bundestag**

13.00 - 15.00 Mittagspause

Es ist eine Simultan-Übersetzung Deutsch-Englisch vorgesehen.

LETZTE MELDUNG:
Die Konferenz wird in den Räumlichkeiten der Freien Waldorfschule Kreuzberg in Berlin, Ritterstr.78, stattfinden. Anmeldung und nähere Informationen über *www.berlin2007.org* oder: Michael Efler, MD Berlin, Tel. 030-42082370



Mitgliederbegehren zur Urabstimmungspraxis um 10 Tage verlängert!

Die von acht Vereinsmitgliedern beantragte Mitgliederurabstimmung (siehe vorherige Ausgabe Seite 31), die die derzeit in unserer Vereinssatzung geltenden Regeln für Mitgliederurabstimmungen verändern möchte, wird um 10 Tage bis zum 15.2.2007 verlängert. Da die Mitgliederzeitschrift aufgrund einer Verzögerung der Adresszustellung durch die Post erst eine Woche nach dem avisierten Beginn (5.11.2006) erschienen ist, werden jetzt 10 Tage drangehängt, um die erforderliche Frist (drei Monate nach Erscheinen der Mitgliederzeitschrift) einzuhalten. Unterstützer des Begehrens werden weiterhin gebeten, **bis spätestens zum 15. 2. 2007** den Antrag unterschrieben mit zusätzlicher Nennung des Namens und der Anschrift an die unten genannte Adresse zu senden. Die Unterstützung kann laut Satzung per Brief, Fax oder e-mail *(bei der Email ist keine Unterschrift erforderlich)* erfolgen. Das Begehren ist zustande gekommen, wenn innerhalb dieser drei Monate mindestens 100 von Mitgliedern unterschriebene Anträge an den Vorstand weitergeleitet werden.
Das entsprechende Formular befindet sich in der Ausgabe 4/06 auf S. 31!

Betriebsausflug 2007: diesmal nach Brüssel

Lobby statt Landsgemeinde...

Es ist schon Tradition bei Mehr Demokratie: Bei gemeinsamen Aktivitäten lernen sich Mitglieder aus den verschiedenen Bundesländern kennen. Neue Menschen finden Anschluss an die Arbeit des Vereins. Aus diesem Grund organisieren wir jedes Jahr unsere beliebte Jahrestagung. Doch auch der Betriebsausflug hat sich mittlerweile etabliert.
Die drei bisherigen Touren haben uns zu den Landsgemeinden in der Schweiz geführt: Einmal im Jahr kommen dort Bürger/innen eines Kantons zusammen und regeln die Angelegenheiten ihres Zusammenlebens. Ich selbst war einmal dort und habe miterlebt, wie Tausende Menschen miteinander diskutierten und abstimmten. Die Atmosphäre war sehr konzentriert, entgegen ersten Erwartungen funktioniert dieses Verfahren der Entscheidungsfindung.
Nun gibt es ein Kontrastprogramm: Im nächsten Jahr werden wir eine Stadtführung durch Brüssel machen. Ulrich Müller, der einen Workshop auf der jüngsten Jahrestagung geleitet hat, wird diese leiten. Aber dabei wird er uns nicht die eigenwillige Architektur jener Gebäude erläutern, in denen die EU-Institutionen sitzen. Stattdessen werden wir erfahren, welche Lobbyorganisationen sich dort befinden und wie sie die Gesetzgebung in Europa beeinflussen.
Kurz gesagt: Wir werden erfahren, wie Entscheidungen in der EU gefällt werden.
Zudem werden wir das Europa-Parlament besuchen. Auch die Schweizer Botschaft wird uns begrüßen. Hans-

Peter Mock wird uns darlegen, wie die Beziehungen seines Landes zur EU sind.
Diesmal werden nicht nur Aktive aus den verschiedenen Bundesländern teilnehmen, sondern wir erwarten auch Gäste aus den Niederlanden und Belgien.

Die Tour wird vom 17. bis 19. Mai 2007 stattfinden.

Interesse? Dann genügt eine kurze Information per Mail (ronald.pabst@mehr-demokratie.de) oder Telefon (02203/592859) für die neuesten Informationen
Weitere Informationen:
www.mehr-demokratie.de/ausflug2007.html

Ronald Pabst, Mehr Demokratie-Büro Köln

Einladung zur

Bundes-Mitgliederversammlung von Mehr Demokratie e.V.

am 28. April 2007 in der Orangerie in Kassel

Liebe Mitglieder und Interessenten!
Zur nächsten Mitgliederversammlung in Kassel, am 28. April 2007 von 11 bis 18 Uhr, möchten wir hiermit herzlich einladen!
Die Themenschwerpunkte sind die Landesvolksbegehren und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Mehr Demokratie befindet sich mal wieder in einer hochaktiven Phase, welche sich gleich in mehreren Volksbegehren in den einzelnen Bundesländern ausdrückt. Darüber hinaus leistet Mehr Demokratie einen bundesweiten Beitrag zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Lassen Sie sich anregen und mitreißen. Herzlich willkommen!

Für den Bundesvorstand
Claudine Nierth

Tagesordnung

1. Formalia

2. Politisches
2.1. Berichte aus den laufenden Volksbegehren:
- In Hamburg zur Rettung und Stärkung des Volksentscheids
- In Bremen für ein besseres Wahlrecht
- In NRW für die Erleichterung der Volksgesetzgebung

2.2. Berichte aus den Kampagnen in Vorbereitung:
- In Baden-Württemberg für die Erleichterung des Bürgerentscheids
- In Thüringen für die Erleichterung der Volksgesetzgebung

2.3 Aktionen und laufende Kampagne zur EU-Ratspräsidentschaft
2.4 Stand des Mitgliederbegehrens zur Urabstimmungspraxis

3. Anträge
3.1. Offene Anträge der letzten Mitgliederversammlung u.a. zum Selbstauflösungsrecht des Bundestages
3.2 Budget 2007
3.2. Weitere Anträge

4. Sonstiges

Anträge und Anmeldungen:
bis zum 14. April 2007 an:
Claudine Nierth, Spiekerhörn 15
25335 Raa-Besenbek, Tel. 04121 – 26 14 75
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Achtung: die Anträge und Vorlagen werden nur an die angemeldeten Teilnehmer 7 Tage vor der Mitgliederversammlung verschickt!

Ort: Orangerie Schloss, Auedamm 20 B, 34121 Kassel

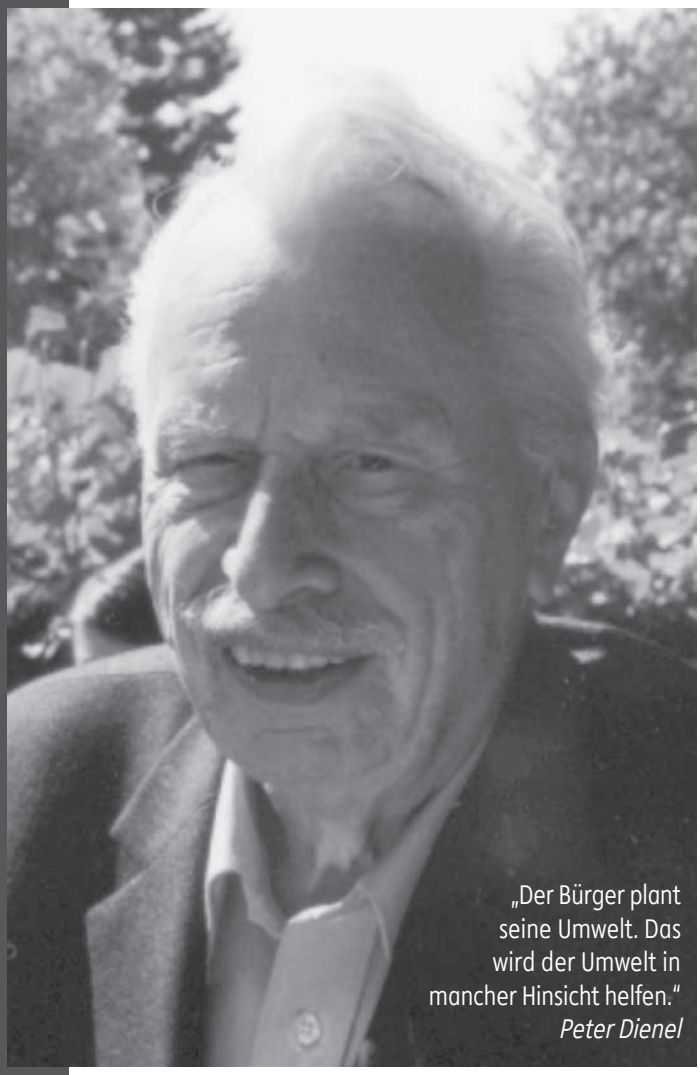
Mit dem Zug:
Kassel Bhf Wilhelmshöhe, dann mit der Straßenbahn Linie 3 Richtung Innenstadt bis Haltestelle Friedrichsplatz. Über die große Straße. In der parkähnlichen Aue liegt die Orangerie, das berühmte große gelbe Schloss.

Ein Leben für die Verbesserung der Demokratie

Am 13. Dezember 2006 starb Professor Dr. Peter C. Dienel, Mitglied des Kuratoriums von Mehr Demokratie e.V., im Alter von 83 Jahren in Berlin.

VON ADRIAN REINERT, BONN

Als Peter C. Dienel im Jahre 1969 aus dem Planungsstab in der Staatskanzlei der nordrhein-westfälischen Landesregierung als Professor für Soziologie nach Wuppertal wechselte, konnte er schon auf eine spannende und erfahrungsreiche Vita zurückblicken.



„Der Bürger plant seine Umwelt. Das wird der Umwelt in mancher Hinsicht helfen."
Peter Dienel

Nach Kriegsdienst und Studium der Evangelischen Theologie nahm er sich in Berlin wohnungslosen Jugendlichen an und gründete das Jungenheim Steglitz. Danach war er Bundesstudentenpastor der evangelisch-freikirchlichen Gemeinden und von 1961 bis 1968 Studienleiter an der Evangelischen Akademie Loccum. Dazwischen lag die Gründung einer Familie mit seiner Frau Dorothea, aus der drei Kinder hervorgingen.

Das christliche und soziale Engagement blieb für ihn zeitlebens prägend. Er interessierte sich für andere Menschen und nahm sich Zeit für sie. Das Haus der Familie Dienel in Wuppertal stand nicht nur Studierenden, sondern auch Menschen in unterschiedlichen Notlagen offen. Hier ermöglichten Peter C. Dienel und seine Frau mit ihrer herzlichen Gastfreundschaft und Unkompliziertheit viele ungewöhnliche Begegnungen und interessante Gespräche.

Bürgerbeteiligung als gesellschaftliche Ressource

Besonders die Erfahrungen in Loccum und in der Staatskanzlei flossen gedanklich in das von ihm entwickelte Modell Planungszelle ein. Früher als andere erkannte Peter C. Dienel den Reformbedarf unserer Demokratie und Bürgerbeteiligung als gesellschaftliche Ressource. In der Planungszelle verband er Ideale klassischer Demokratietheorie mit Erkenntnissen neuer Sozialwissenschaft. Peter C. Dienel beschrieb das Modell erstmals ausführlich 1971 in dem Aufsatz „Wie können Bürger an Planungsprozessen beteiligt werden?" Sechs Jahre später, nach den ersten erfolgreichen Probeläufen des Verfahrens, legte er das Standardwerk „Die Planungszelle" vor, das zugleich eine brillante und kenntnisreiche Analyse der Steuerungsprobleme moderner Demokratie enthält.
Planungszellen sind Gruppen von ca. 25 im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die für ca. eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um in Gruppen Lösungsvorschläge für vorgegebene Planungsprobleme zu erarbeiten. Die Ergebnisse ihrer Beratungen werden als Bürgergutachten zusammengefasst und politischen Entscheidungsinstanzen als Beratungsunterlage zur Verfügung gestellt.
Das Verfahren wurde seither mit großem Erfolg zu zahlreichen kommunalen und überregionalen Fragestellungen eingesetzt – von der Rathausplanung, über den Verbraucherschutz bis zur Technikfolgenabschätzung - und auch in andere Länder exportiert. Durch die Zufallsauswahl wird eine Heterogenität und Vielfalt der Teilnehmenden erreicht, die für Beteiligungsverfahren einzigartig ist. Die Dynamik der Beratungen in den Kleingruppen ermöglicht in kürzester Zeit qualitativ hochwertige und konsensfähige Ergebnisse selbst zu komplizierten und vorher sehr kontrovers diskutierten Sachthemen.

Die Planungszelle als Lebensaufgabe

Peter C. Dienel machte sich die Verbreitung des Verfahrens

Planungszelle zu seiner Lebensaufgabe. Er reiste unermüdlich von Tagung zu Tagung, hielt Referate und Vorträge und nahm bis zuletzt Einladungen selbst in entlegenste Orte im In- und Ausland an, um die Planungszelle dort vorzustellen.
Mit seiner lebendigen Rhetorik und seinem Humor konnte er Zuhörende faszinieren und begeistern, und es gelang ihm, Menschen höchst unterschiedlicher Grundauffassungen von den Vorzügen der Planungszelle zu überzeugen.
In zahlreichen Veröffentlichungen dokumentierte er minutiös die Entwicklung des Modells und die einzelnen durchgeführten Projekte. Auch hier erwies er sich als Mann der Sprache mit großer Formulierungsgabe, vor allem aber als origineller und belesener Denker, der stets auf der Höhe der Zeit war und das Problemlösungspotenzial der Planungszelle für aktuelle gesellschaftliche Entscheidungskonflikte verdeutlichte.
Er nahm es bei alledem in Kauf, wegen seines geradezu missionarischen Eifers und der Hartnäckigkeit, mit der er für sein Modell kämpfte, nicht nur auf Anerkennung und Sympathie zu stoßen, sondern auch anzuecken und zu stören. Er ließ sich dabei selbst von guten Freunden nicht bremsen. Er war ungeduldig und hatte immer die Sorge, eine Chance für den Durchbruch seiner Erfindung zu verpassen.
Dabei kann sich die Bilanz der Planungszelle schon jetzt wirklich sehen lassen. Davon zeugen die vielen durchgeführten Verfahren, die internationale Beachtung und die Bedeutung, die ihr in der einschlägigen Fachliteratur beigemessen wird. Wer heute oder in Zukunft über mehr Bürgerbeteiligung diskutiert, kommt an der Planungszelle nicht vorbei.
Peter C. Dienel hat sich um die Weiterentwicklung der Demokratie verdient gemacht. Er wird uns fehlen.

LITERATURTIP:

Peter C. Dienel, Die Planungszelle.
Der Bürger plant seine Umwelt. 1978

Politik befreien

Peter Dienels letztes Buch zum Thema Bürgergutachten

Ein neuartiger Beratungs-Baustein soll das gesellschaftliche Steuerungssystem in die Lage versetzen, sachgerechte Lösungen für die Langfristprobleme gezielt zu realisieren. Dieses Beratungsverfahren wird gleichzeitig als „Bürgergutachten" allen Einwohnern einen hochinteressanten, aber jeweils auch radikal befristeten Zugang zur Rolle des Bürgers, des Staatsveranstalters eröffnen. Hunderte solcher viertägigen Planungszellen haben bisher schon an Problemen, die als schwer
lösbar galten, erfolgreich gearbeitet. Dem öffentlichen Auftraggeber eines Gutachtens konnte jeweils geholfen werden. Gerade jetzt gehen wir auf einen ersten europaweiten Beratungsauftrag zu. Im Unterschied zu anderen Beteiligungsversuchen ist das Bürgergutachten nämlich auch auf höheren Entscheidungsebenen mehrfach anwendbar.
Von diesen Projekten, ihren Rahmenbedingungen, aber auch ihren Grenzen, wird in diesem Buch berichtet.

Neue Bücher...

Bürger machen Haushalt Ein Leitfaden für die Praxis

Die aktive Mitwirkung vieler Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ist eine wesentliche Grundbedingung, wenn es darum geht, auf kommunaler Ebene eine an den Erfordernissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Politik zu gestalten. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen die öffentlichen Kassen leer sind. Die große Schuldenlast hat den politischen Handlungsspielraum der Kommunen weiter schrumpfen lassen, die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger wächst. Dieser Druck erzwingt jedoch gleichzeitig die Suche nach neuen Wegen, die kommunale Politik und Verwaltung effizienter und bürgernäher zu gestalten. Neue und kooperative Bürgerbeteiligungsformen gewinnen an Bedeutung.

Um in Zeiten der Haushaltskonsolidierung einen größeren Rückhalt in der Bürgerschaft zu haben, gehen verschiedenen Städte und Gemeinden neue Wege und beteiligen ihre Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld an den Haushaltsplanungen. Ziel ist es, die Prioritäten bei der Aufstellung des Haushalts an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger/innen zu orientieren.

Die Vielfalt der verschiedenen Ansätze zu untersuchen und verbindende Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, war der Ausgangspunkt der vorliegenden Publikation. Erhard O. Müller erläutert den Ablauf des Verfahrens und die notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Vergleich der Bürgerhaushalts-Modelle von Porto Alegre, Cordoba/Spanien, Salford/Großbritannien, von Nürtingen und Berlin erläutert der Autor die jeweiligen »Grundmodelle« und leitet daraus die Grundelemente eines Bürgerhaushaltsverfahrens ab.

Kernstück der Arbeitshilfe ist der »Baukasten Bürgerhaushalt«, der vielfältige Praxisvorschläge für die konkrete Durchführung eines Bürgerhaushaltsverfahrens zusammenführt. Das reicht von Methoden für die Auswahl der Teilnehmer/innen, über die Priorisierung der Bürgervoten (Wie werden die ermittelten Bürgervoten aufbereitet?) und die Einbringung in die parlamentarische Ebene bis zur Um-setzungskontrolle (Wie wird gewährleistet, dass die Beschlüsse umgesetzt werden?). Der Autor geht weiterhin auf zusätzlich integrierbare Methoden der Bürgerbeteiligung ein, mit denen z.B. weniger artikulationsgewohnte Bürgergruppen erreicht werden können. *Hanns-Jörg Sippel*

Erhard O. Müller, Bürger machen Haushalt. Ein Leitfaden für die Gestaltung von Bürgerhaushalten. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 35, Bonn 2006, ISBN 978-3-928053-92-2 Bestellungen an: Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn

Direktdemokratische Elemente in der deutschen Verfassungsgeschichte

Direktdemokratische Elemente wie die Volksgesetzgebung und Referenden existieren in der deutschen Verfassungsordnung seit der Weimarer Republik. Ihre Vorgeschichte geht auf die Französische Revolution und ihren Leitgedanken der Volkssouveränität zurück. Ihre Entwicklung erfolgte unter mannigfachen politischen und rechtlichen Behinderungen. Sie wurde unter der nationalsozialistischen Herrschaft pervertiert. In der nunmehr über fünfzigjährigen Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland kam sie zunächst kaum zum Zuge. Seit den neunziger Jahren sind direktdemokratische Elemente in allen Ländern und Kommunen eingeführt worden und werden dort zunehmend praktiziert. Auf der Bundesebene existieren sie immer noch nicht.

Der Verfasser zeichnet diese Entwicklung aus historisch-politischer, rechtlicher und rechtsdogmatischer Sicht nach. Dabei werden auch die andersartigen Entwicklungen in der Schweiz und in den USA herangezogen. Europäisierung und Globalisierung bestimmen nationalstaatliche demokratische Entscheidungsprozesse immer mehr. Die vorliegende Monographie liefert die erste zu-sammenhängende und umfassende Darstellung dieser Entwicklung. Dabei treten auch die gegenwärtigen Pro-bleme von „Demokratie" auf den nationalen und transnationalen Politikebenen hervor.

Hanns-Jürgen Wiegand: Direktdemokratische Elemente in der deutschen Verfassungsgeschichte, Berliner Wissenschafts-Verlag 2006, 631 S., 71 EUR

Die direkte Demokratie in den Schweizer Städten

Im ersten, rechtsvergleichenden Teil der Studie werden die politischen Institutionen von 118 Schweizer Städten klassifiziert, inventarisiert, und deren Entwicklung in den neunziger Jahren analysiert. Dieser Beitrag zur Analyse politischer Prozesse erlaubt somit erstmals einen systematischen Zugang zu den direkt demokratischen Institutionen auf Gemeindeebene. Im zweiten, politikwissenschaftlichen Teil wird der Gebrauch der direkten Demokratie untersucht. Dies beinhaltet vergleichende Beobachtungen zur Abstimmungshäufigkeit auf den drei Staatsebenen, sowie das Erklären der kommunalen Abstimmungshäufigkeit anhand von vier „Paketen" von Faktoren (institutionellen, politischen, strukturellen und wirtschaftlichen).

Michael Bützer: Die direkte Demokratie in Schweizer Städten. Ursprung, Ausgestaltung und Gebrauch im Vergleich, Nomos-Verlag 2007, 308 S., 49 EUR

Leserforum

Studie: Wahlrecht und Gewählte

In inzwischen 12 Bundesländern können die Bürgerinnen und Bürger bei Kommunalwahlen mittels Kumulieren und Panaschieren starken Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage nehmen. Durch das Häufeln von Stimmen auf einzelne Kandidaten und das Verteilen von Kreuzen auf Mandatsbewerber verschiedener Parteien kann die von den Parteien vorgeschlagene Listenreihenfolge der Kandidaten von den Bürgern noch einmal geändert werden.
In den einzelnen Bundesländern ist dieses Wahlrecht aber unterschiedlich ausgestaltet. Während die Wähler in manchen Bundesländern insgesamt nur drei Stimmen vergeben können, erhalten sie in anderen eine der Zahl der zu vergebenden Sitze entsprechende Stimmenzahl.
In einer von dem Kölner Sozialwissenschaftler Dr. Klaus Hofmann für die Initiative „Mehr Demokratie" erstellten quasi-repräsentativen Studie wurden nun erstmals in größerem Umfang die Auswirkungen von Kumulieren und Panaschieren auf die personelle Zusammensetzung der Gemeinderäte untersucht. Durch eine Analyse der letzten Kommunalwahlen in Bayern, Hessen und Niedersachsen wurde hierbei auch die Ausprägung der Änderung der Parteilisten durch Wahlrecht und Wähler ermittelt. Ein Ergebnis: besonders starke Auswirkungen hat die hessische Variante von Kumulieren und Panaschieren.

Eine 8-seitige Zusammenfassung der Studie „Wahlrecht und Gewählte - Die Auswirkungen des Wahlrechts auf die Zusammensetzung der Städte- und Gemeinderäte" kann aus dem Internet herunter geladen werden unter **www.mehr-demokratie.de/wahlinfo.html** oder bestellt werden bei: *Mehr Demokratie, Mühlenstr. 18, 51143 Köln*
Tel. 02203-5928-59/Fax –62,
E-Mail: nrw@mehr-demokratie.de

Mitdiskutieren!

In dieser Ausgabe finden Sie eine Fülle von spannenden Themen, die die Erweiterung und Vertiefung der realexistierenden Demokratie betreffen. Falls Sie an dieser Diskussion teilhaben möchten, sind Sie herzlich eingeladen, ihre Positionen zu den verschiedenen Themen zu artikulieren und einzusenden.
Am Besten per email an:
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Alternativen zum Mehrheitsprinzip

Leider habe ich so wenig Zeit, dass ich auf diesem Wege eine Anregung weitergeben möchte: Ich möchte anregen, dass Ihr Euch einmal mit folgender Thematik befasst: Visotschnig/Schrotta: „Das SK-Prinzip - Wie man Konflikte ohne Machtkämpfe löst", Ueberreuter 2005, www.sk-prinzip.net
Ich habe gerade ein Seminar besucht, das diese beiden Autoren veranstalteten und finde, dass dies das ist, was z.B. den Grünen - hätten sie es schon bei ihrer Gründung gehabt - erlaubt hätte, der angestrebten Basisdemokratie tatsächlich sehr nahe zu kommen. Das Mehrheitsprinzip und seine sozialen, emotionalen und machtpolitischen Implikationen ist nämlich DAS Hindernis für integrative Politik.
Die beiden Autoren haben ein einfaches Prinzip geschaffen und dazu gleich ein sehr praktikables herunterladbares Abstimmungstool entwickelt, das wirklich dazu geeignet ist, den Charakter von demokratischen Prozessen entscheidend zu verändern.
Ich lege es Euch ans Herz und hoffe, dass sich jemand findet, der sich damit befasst und dafür sorgt, dass es bei Euch auch ausprobiert wird. Denn: Über Jahre eingefahrene Muster der Konkurrenz- und Kampfdemokratie und des institutionaliserten Gegeneinanders müssen erst aufgelöst werden, bevor es Früchte tragen kann.
Und vielleicht kommen wir dann mal zu einer friedlichen Welt des Miteinanders, des gemeinsam Problemelösens und zu einer Demokratie, die den Namen verdient.
Ein wichtiger Vorteil, würde dieses Systemische Konsensieren als demokratisches Prinzip das Mehrheitsprinzip ersetzen: Gute durchdachte Lösungen von kleinen Gruppen/Parteien hätten Chancen sich gegen Mehrheitsbastionen von ‚Volksparteien' zu behaupten. Es kann eine parteiübergreifende basisdemokratische Entscheidungsform anbieten, die dem Zwei-Parteien-System endlich den Garaus macht und kleinen Parteien große Chancen bietet, in Sachfragen Kompetente Lösungen - vielleicht in Kooperationen - durchzusetzen. (Also fast ein Muss für basisorientierte kleine Parteien, sich damit ernsthaft zu befassen).
Und: So wie im Öko-Prinzip externe ökologische Kosten berücksichtigt werden, werden mit dem SK-Prinzip die Parteien dazu gezwungen, sich nicht um Stimmenmaximierung ‚für sich' zu bemühen, sondern darum, die Anliegen und Sichtweisen Andersdenkender zu berücksichtigen, damit ihre Lösungen nicht Ablehnung erfahren. Nach dem SK-Prinzip wird das größte Übel ‚abgewählt', anstatt vielleicht gute Lösungen gegeneinander auszuspielen bzw. die schlechte hochzuspülen.
In diesem Sinne: Für mehr Demokratie! *Angelika O. Althaus*

Demokratiebedarf

Bücher, Werbematerial, Druck- und Versand

Per Fax an: 089-82 111 76

Demokratiebedarf e.V.
Jägerwirtstrasse 3, 81373 München, Tel.: 089-8211774, mitgliederservice@mehr-demokratie. de

Ich bestelle

die auf der Bestellliste angegebenen Waren.

Ich bezahle

☐ mit beiliegendem **Scheck**

☐ mit einmaliger **Lastschrift** von meinem

Konto _____

BLZ _____

Bank _____

☐ gegen **Rechnung**

Datum/ Unterschrift

Meine vollständige Anschrift ist:

Lieferanschrift

	EURO Einzelpreis	Bestellte Anzahl	Euro Gesamtpreis
Einführende Literatur			
H. K. Heußner/Otmar Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge. 24 Autoren analysieren und berichten, 380 Seiten, 1999	12,68		
Theo Schiller: Direkte Demokratie - Eine Einführung Einführungsbuch der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie Marburg, 200 S., 2002	15,90		
NEU Otmar Jung / F.-L. Knemayer: Direkte Demokratie Aspekte, Möglichkeiten und Widersprüche direkter Demokratie, dargestellt von einem Befürworter und einem moderaten Kritiker direkter Demokratie	2,50		
Studien zur Direkten Demokratie			
Kirchgässner/Feld/Savioz: Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig Fulminates Plädoyer und Studie von drei Wirtschaftswissenschaftlern, Uni St. Gallen	**23,-**		
Demokratiereform – Anstöße zu einer ordnungspolitischen Diskussion Direkte Demokratie und Wirtschaft, Neubestimmung der Staatsaufgaben, Parteien- und Parlamentsreform, u.a., Hrsg. UNI-Institut 107 Seiten, 1995	2,-		
Peter Neumann/ St. v. Raumer: Die Verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Volksgesetzgebung Am Beispiel der Verfassung von NRW werden rechtliche Streitfragen zur Direkten Demokratie behandelt, Gutachten von Rechtsanwalt P. Neumann und den Staatsrechtslehrern Ch. Degenhart, St. Muckel, M. Sachs, H. Sieckmann, 1999, 245 S.	20,-		
Theo Schiller (Hg.): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis Erfahrungen mit Bürgerentscheiden in Gemeinden und Städten. Auswirkungen auf Akteure und politische Öffentlichkeit. 228 S., 1999	17,50		
Theo Schiller / Volker Mittendorf (Hg.): Direkte Demokratie Forschung und Perspektiven. Sammelband mit einem aktuellen Überblick über den Stand der Wissenschaft zur Direkten Demokratie, 400 S., 2002	20,-		
Andreas Paust: Direkte Demokratie in der Kommune Mit zwei Fallbeispielen. Auswirkungen gesetzlicher Regelungen, Effekte, Verbesserungsvorschläge, 2000, 280 S.	8,-		
Otmar Jung: Grundgesetz und Volksentscheid Der Parlamentarische Rat lehnte die Direkte Demokratie nicht wegen schlechter „Weimarer Erfahrungen" ab, sondern damit KPD/SED sich dieses Instruments nicht bedienen konnten. Umfangreiche historische Studie, 368 Seiten, 1994	17,-		
Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie Politik ohne Verantwortung, das System der organisierten Verantwortungslosigkeit, Volksentscheid und Föderalismus als Lösung, brillante Analyse, 2000, 352 S. - Taschenbuchausgabe: 9,90	21,-		
Jaroslav Langer: Grenzen der Herrschaft Studie moderner Herrschaftsstrukturen, Entwurf einer herrschaftsfreien Staatsstruktur. 334 S., 1988	15,-		
M. Seipel/Th. Mayer: Triumph der Bürger. Packend erzählt: Die Erfolgsgeschichte von „Mehr Demokratie in Bayern" bis zum Volksentscheid 1995, viele Fotos, fester Einband, 200 Seiten	12,50		
"Ohne Bürger geit dat nich!"Erinnerungen an die Hamburger Kampagne zum Volksentscheid, herausgegeben von Angelika Gardiner	3,-		
Bürgerbeteiligung			
Peter C. Dienel: Die Planungszelle Alternative zur Establishment-Demokratie. Die konkrete Korrektur des politischen Systems. Vielfach erprobt. Förderungsbedürftig, da noch fast unbekannt.	15,-		
Bürgerbeteiligung und Demokratieentwicklung vor Ort. 20 Autoren: Runde Tische, Bürgerentscheide, Bürgergutachten, Anwaltsplanung, Ratschlag und Studienzirkel, Kinderbeteiligung, Mediation u.a. 192 S., 1997	7,-		
Aktions- und Werbematerial			
Mehr Demokratie: Argumente, Praxis, Vorschläge (ab 10 Ex. 1.50 EUR) Überblick und Einstieg in das Thema und über die Arbeit von MD	3,-		
Arbeitshilfe Fundraising. Ideen und Anregungen für ein konzeptionelles Vorgehen zur Mittelbeschaffung, A4, S. 96	5,-		
Mehr Demokratie – Faltblatt A4 inkl. Mitgliederwerbeformular	0,10		
Fotobuch „Menschen für Volksabstimmung" - kostenlos			
T-Shirt Mehr Demokratie Größe S ☐ L ☐ XL ☐ XXL ☐	2,50		
Aufkleber - ab 10 Stück: 0,10	0,25		
MD-Anstecknadel - ein Schmuckstück	1,50		
Luftballons - kostenlos	zzgl. Porto		
	Gesamt		

Vorstandsmitglieder Kontaktadressen

Ralf-Uwe Beck
Mehr Demokratie e. V.
Prellerstr. 8 - 99817 Eisenach
tel. 03691-212887 - fax 03691-212886
rubeck@t-online.de

Manfred Brandt
Mehr Demokratie e. V.
Mittelweg 12 - 20148 Hamburg
tel. 040-317 691 00 - fax 040-317 69 1028
brandt@hh-moorburg.de

Michael Efler
Mehr Demokratie e. V.
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
michael.efler@mehr-demokratie.de

Gerald Häfner
Mehr Demokratie e. V.
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-82117 74 - fax 089-82111 76
gerald.haefner@web.de

Roman Huber
Mehr Demokratie e. V.
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-82117 74 - fax 089-82111 76
roman.huber@mehr-demokratie.de

Erhard O. Müller
Mehr Demokratie e. V.
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Claudine Nierth
Mehr Demokratie e. V.
Mittelweg 12 - 20148 Hamburg
tel. 040-31 76 91 00 - fax 040-317 69 10 28
claudine.nierth@mehr-demokratie.de

Percy Vogel
Mehr Demokratie e. V.
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
percy.vogel@mehr-demokratie.de

Susanne Wenisch
Mehr Demokratie e. V.
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-82117 74 - fax 089-82111 76
beratung@mehr-demokratie.de

Mehr Demokratie Büros & Service

Internet
www.mehr-demokratie.de
www.volksabstimmung.org
webmaster@mehr-demokratie.de

Büroadressen

Hauptstadtbüro Berlin & Brandenburg
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1 - 70178 Stuttgart
tel. 0711-509 10 10 - fax 0711-509 10 11
bawue@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Jägerwirtstraße 3 - 81373 München
tel. 089-82117 74 - fax 089-82111 76
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Schildstr. 12-19 - 28203 Bremen
tel. 0421-7946370 - fax 0421-7946371
tim.weber@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Gregor Hackmack
Mittelweg 12 - 20148 Hamburg
tel. 040-317 691 00 - fax 040-317 69 1028
info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro NRW
Mühlenstr. 18 - 51143 Köln-Porz
tel. 02203-59 28 59 - fax 02203-592862
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Klaus Auls, Sternstr. 9
61200 Wölfersheim
tel. 06036-981460 - fax 06036-981461
Klaus.Auls@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Rainer Stüttgen,
Klarastr. 25, 55116 Mainz,
Tel. 06131-905587,
Fax 06131-616654,
Email: rlp@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Margarete Gallhoff
Körnerplatz 4 - 04107 Leipzig
tel./fax 0341-914714
margaretegallhoff@t-online.de

Ansprechpartner Schleswig-Holstein
Rolf Sörensen
Osterstr. 2 - 25821 Bredstedt
tel. 04671-93 02 56
MD-Schleswig-Holstein@gmx.de

Ansprechpartner Thüringen
Ralf-Uwe Beck
Prellerstr. 8
99817 Eisenach-
tel 03691-212887 - fax 03691-212886
rubeck@t-online.de

Democracy International
Carsten Berg
1, Square Wiser, Box: 27
1040 Brüssel. Belgien
tel: 00 32-26446148
fax: 0032-26440022
berg@democracy-international.org

Service

Service für Mitglieder und Förderer
Joe Högl , Büro München
tel. 089-82117 74 - fax: 089-82111 76
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Karin Flothmann, Büro Berlin
tel. 030-420 823 70 - fax 030-420 823 80
presse@mehr-demokratie.de

Zeitschrift „mehr demokratie"
Erhard O. Müller, Büro Berlin
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Internet
www.mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de
Ronald Pabst (Redaktion)

Wissenschaft/Dokumentation
Frank Rehmet
Alsterdorfer Str. 4
22299 Hamburg
tel.: 040-60082904 - fax.: 040-60080905
Frank.Rehmet@web.de

Europa- und Lobbyarbeit
Koordinationskreis
Michael Efler, Büro Berlin
michael.efler@mehr-demokratie.de

Finanzierung
Tim Weber, Büro Bremen
tim.weber@mehr-demokratie.de

Geschäftsführung & Kuratorium
Roman Huber, Büro München,
tel. 089-82117 74 - fax 089-82111 76
Roman.Huber@mehr-demokratie.de

Vorträge & Repräsentation
Gerald Häfner, Claudine Nierth
Erreichbarkeit: siehe Kontaktadressen

Arbeitskreis Europa/Welt
Ronald Pabst, Büro NRW
pabst@european-referendum.org

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Wenisch, Büro München
beratung@mehr-demokratie.de
tel. 089 - 8211774
fax 089 - 8211176

Arbeitskreis Neue Demokratie-Themen
Percy Rohde, Büro Berlin
percy.rohde@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach
Tel. 0421-7946370
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Archiv bis 1995
Grünes Gedächtnis - Eldenaer Str. 35
10247 Berlin
tel. 030-285 34-260
archiv@boell.de

Beratung von Bürgerbegehren
Für Beratungen wenden Sie sich bitte an das nächste Mehr Demokratie-Büro oder:
Mehr Demokratie, Büro München
Susanne Wenisch
tel. 089 - 8211774, fax 089 - 8211176
beratung@mehr-demokratie.de

Soweit nicht anders angegeben, gelten hier die Anschriften der genannten Büros.

Mitglieder werben Mitglieder

Bitte machen Sie mit!

4400 Menschen sind Mitglied bei Mehr Demokratie e.V. Wir sind viele - aber wir sind nicht genug. Die Wirksamkeit unserer politischen Arbeit hängt an unseren Mitgliedern. Sicher kennen Sie Menschen in Ihrer Familie, im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz, die wie Sie für Volksentscheide und Bürgerbeteiligung sind. Ermutigen Sie Freunde, Kollegen oder Familienmitglieder, Mehr Demokratie zu unterstützen. Mitglieder bekommen vierteljährlich die **zeitschrift mehr demokratie** und zur Begrüßung die informative Broschüre „praxis, tipps & argumente".

Wir wollen unsere Mitgliederzahl in den nächsten Jahren deutlich steigern, um den Aufbau des bundesweiten Demokratienetzes voranzutreiben. Nur auf dieser – auch finanziell gesicherten – organisatorischen Grundlage werden wir unsere Ziele erreichen können. Helfen Sie mit! Als Prämie für ein neugeworbenes Mitglied bekommen Sie von uns entweder eines der abgebildeten Geschenke - oder aber ein Buch aus unserem Buchversand! Eine Auswahl finden Sie auf Seite 34 in diesem Heft.

Eintüten und ab die Post!

Mehr Demokratie e.V.
Mitgliederservice
Jägerwirtstr. 3
81373 München

oder per..... Fax: 089 821 11 76

Ich möchte Volksabstimmungen fo(ö)rdern und werde Mitglied bei Mehr Demokratie e.V.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Geb.datum

(Partner)

Ich zahle folgenden Jahresbeitrag:

Einzelmitgliedschaft, mind. 60 €

Partnermitgliedschaft, mind. 75 €

Ermäßigter Beitrag, mind. 30 €

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

☐ Weil es Verwaltungskosten spart, erteile ich Mehr Demokratie e.V. eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Meine Bankverbindung ist:

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Der Einzug erfolgt:

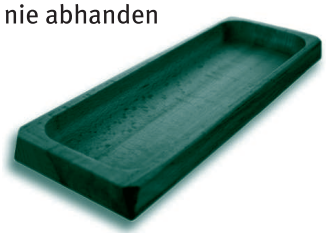
☐ 1/4jährlich ☐ 1/2jährlich ☐ jährlich

Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle per Rechnung.

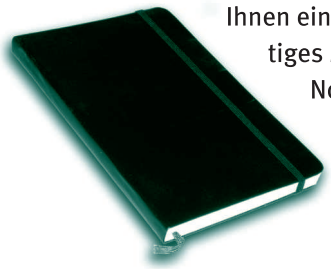
DPAG - Postvertriebsstück B 10444 F – Gebühr bezahlt –
Mehr Demokratie e.V.; Jägerwirtstraße 3; 81373 München

◯ Ohne Stift keine Unterschriftensammlung. Die Federschale aus Buchenholz hilft Ihnen, dass die Stifte nie abhanden kommen.



◯ Mitgliederwerbung ist anstrengend. Aber mit der langstieligen Badebürste aus dem Schwarzwald werden Sie sich bald wieder erholt haben. Sie ist aus Eschenholz mit reiner Schweineborste.

◯ Politik lässt Konzepte oft vermissen. Damit Sie Ihre Ideen sicher festhalten können, schenken wir Ihnen ein hochwertiges Moleskin-Notizbuch.



◯ Aus der Schweiz kommt nicht nur die Direkte Demokratie, sondern auch guter Käse. Es lohnt, von beidem eine Scheibe abzuschneiden. Für den Käse schenken wir Ihnen eine Handmandoline aus Edelstahl.

Alle Geschenke aus dem Angebot von Manufaktum.

Ich bin Mitglied bei Mehr Demokratie e.V. und habe ein neues Mitglied geworben.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Bitte vergessen Sie nicht, anzukreuzen, welches Geschenk Sie sich wünschen.

Datum, Unterschrift

Vielen Dank für's Mitmachen!

Falls Sie Fragen zu der Aktion haben, rufen Sie uns einfach an: 089 821 17 74

mitgliederservice@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

Mehr Demokratie !